

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 RM., monatlich 1.10 RM.,
 halbjährlich 6.50 RM., frei ins Ausland.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustration 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Verzeich-
 nisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 rechnen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Annon-
 zenzeile über deren Raum 30 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Berens-
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile
 mit 20 Wörtern (zählung 2 Zeilen
 mit 10 Wörtern), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Stellenanzeigen
 das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 20. Juli 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die ganze russische Front erschüttert und zurückgedrängt.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 19. Juli 1915. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Gegend von Souchez war nach verhältnis-
mäßig ruhigem Verlauf des Tages die Gefechtsstätigkeit
nachts lebhafter. Ein französischer Angriff auf Souchez
wurde abgeschlagen; Angriffsversuche südlich davon
wurden durch unser Feuer verhindert.

Auf der Front zwischen der Duse und den Argon-
nen vielfach lebhafteste Artillerie- und Minenkämpfe.

Im Argonnerwalde schwache Angriffsversuche
des Gegners ohne Bedeutung.

Auf den Maashöhen südwestlich von Les Eparges
und an der Tranchée wurde mit wechselndem Erfolge
weitergekämpft, unsere Truppen büßten kleine örtliche
Vorteile, die am 17. d. M. errungen waren, wieder ein.
Wir nahmen 3 Offiziere, 310 Mann gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Deutsche Truppen nahmen Tukum
und Schütz, Windau wurde besetzt.

In der Verfolgung des bei Lit-Auz geschlagenen
Gegners erreichten wir gestern die Gegend von Dof-
zumberge und nördlich. Westlich von Mitau hält der
Gegner eine vorbereitete Stellung.

Westlich von Popeljan und Kurfchan wird
gekämpft.

Zwischen Pisa und Szka räumten die Russen
ihre mehrfach von uns durchbrochenen Stellungen und
zogen auf den Rarew ab. Hier fechtende deutsche Re-
serve- und Landwehrruppen haben in den Kämpfen
der letzten Tage in dem jeden feindlichen Widerstand be-
günstigenden Wald- und Sumpfgelände Hervorragendes
geleistet.

Die Armee des Generals v. Gallwitz drang weiter
vor. Sie steht jetzt mit allen Teilen an der Rarewlinie
südwestlich von Ostrolenka—Nowo-Geor-
giewsk. Wo die Russen nicht in ihren Befestigungen
und Brückenkopfstellungen Schutz fanden, sind sie be-
reits über den Rarew zurückgewichen. Die
Zahl der Gefangenen hat sich auf 101 Offiziere,
28 760 Mann erhöht.

Auch in Polen zwischen Weichsel und Pilica
blieben die Russen im Abzuge nach Osten.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Der am 17. Juli in der Gegend nordöstlich von
Sienno von der Armee des Generalobersten v. Bohrsch
geschlagene Feind versucht, in seinen vorbereiteten Stel-
lungen hinter dem Zizanka-Abchnitt die Ver-
folgung zum Stehen zu bringen; die feindlichen Vor-
stellungen bei Ciepilow wurden von der tapferen schlesi-
schen Landwehr bereits im Laufe des gestrigen Nach-
mittags gestürzt; dieselben Truppen sind in der Nacht
in die dahinterliegende feindliche Hauptstellung einge-
drungen. Ebenso beginnt die feindliche Linie bei Ra-
sanow und Baranow zu wanken; die Entscheidung steht
bevor.

Zwischen oberer Weichsel und Bug dauerte
der Kampf der unter dem Oberbefehl des Generalfeld-
marschalls v. Mackensen stehenden verbündeten Armeen
den ganzen Tag über in unverminderter Heftigkeit an.
An der Durchbruchsstelle der deutschen Truppen bei
Pilaizkowie—Krasnostaw machten die Russen
die verzweifeltsten Anstrengungen, die Niederlage abzu-
wenden; eine ihrer Garde-Divisionen wurde frisch in den
Kampf geworfen und von unseren Truppen geschlagen.
Weiter östlich bis in die Gegend von Grabowiec er-
zwangen österreichisch-ungarische und deutsche Truppen
den Uebergang über die Wolica; bei und nördlich
Sokal drangen österreichisch-ungarische Truppen über den
Bug vor. Unter dem Zwange dieser Erfolge ist der Feind
in der Nacht auf der ganzen Front zwischen
Weichsel und Bug zurückgegangen; nur an
der Durchbruchsstelle westlich von Krasnostaw ver-
sucht er noch Widerstand zu leisten. Die Russen haben
eine schwere Niederlage erlitten. Die deutschen Truppen
und das unter Befehl des Feldmarschallleutnants von Arz
stehende Korps haben allein vom 16. bis 18. Juli

16 250 Gefangene gemacht und 23 Maschin-
gewehre erbeutet. Nach gefundenen schriftlichen Befehlen
war die feindliche Heeresleitung entschlossen, ohne jede
Rücksicht auf Verluste die nun von uns eroberten Stel-
lungen bis zum Äußersten zu halten.
Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 19. Juli. (B. L. B.) Amtlich wird verlautbart:
19. Juli 1915, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Offensive der Verbündeten in Polen und Wolh-
yien wurde gestern fortgesetzt.

Westlich der Weichsel wird an der Zizanka gekämpft.
Nordwestlich Zisa eroberten österreichisch-ungarische Truppen
einige feindliche Stellungen, auf den Höhen westlich Kras-
nostaw drangen die deutschen Truppen unter schweren
Kämpfen siegreich vor. Zwischen Kierbieszow und
Grabowiec bahnten sich im Anschluß an deutsche Kräfte
österreichisch-ungarische Regimenter in heißem Ringen über die
Wolica den Weg in die feindlichen Höhenstellungen. Dort fielen
dreitausend Gefangene in die Hände unserer tapferen
Truppen. Nordöstlich und südöstlich Sokal sahten nord-
mährische, schlesische und westgalizische Landwehr nach wechsel-
vollen Kämpfen am Ostufer des Bug festen Fuß. Unsere
vom General der Kavallerie Kirchbach befehligten Kräfte
machten hier zwölf Offiziere und eintausend-
siebenhundert Mann zu Gefangenen und erbeu-
teten fünf Maschinengewehre.

Die Erfolge, die schon die Verbündeten am 18. an der
ganzen Front errangen, erschütterten die Widerstandskraft
des Feindes. Obwohl er in den letzten Tagen alle erreichbaren
Verstärkungen herangezogen hatte, vermochte er sich doch
nicht mehr zu halten. Er trat in der Nacht vom 18. auf den 19. d.
Monats an der ganzen Front den Rückzug an und
räumte das Schlachtfeld den siegreichen verbündeten Heeren.

In Ostgalizien blieb die Lage im allgemeinen un-
verändert. Nur abwärts Zaleszczyki wählte der Gegner
unserer Dnjestrfront abermals zum Ziele hartnäckiger Angriffe.
Die Russen rückten in sieben bis acht Gliedern vor; das erste
war scheinbar unbewaffnet und erhob, als wollte es sich er-
geben, die Hände. Der feindliche Angriff brach in unserem
Feuer unter furchtbaren Verlusten zusammen. Selbstverständ-
lich wurde, wie es in Zukunft unter ähnlichen Verhältnissen
immer geschehen wird, auf die anscheinend unbewaffneten An-
greifer geschossen.

Südwestlicher Kriegsschauplatz.

Im Goerzer begannen gestern neue große
Kämpfe. Seitlich früh eröffnete die italienische Artillerie
aller Kaliber gegen den Rand des Plateaus von Doberdo
und den Goerzer Brückenkopf das Feuer. Dieses steigerte sich
mittags zur größten Heftigkeit. Sodann schritt sehr starke
Infanterie zum Angriff auf den ganzen Plateaurand.
In hartnäckigen, nachts über andauernden, vielfach zum Hand-
gemeine führenden Kämpfen gelang es unseren Truppen, die
Italiener, die stellenweise unsere vordersten Gräben erreichten,
allenthalben zurückzuwerfen. Unsere Mörser brachten fünf
schwere Batterien zum Schweigen. Heute morgen entbrannte
der Kampf aufs neue. Vereinzelt feindliche Vorstöße gegen
den Goerzer Brückenkopf wurden gleichfalls abgewiesen. Auch
am mittleren Isonzo, im Krn-Gebiete und an der
Kärntner Grenze entfaltet die Italiener eine lebhaft
Artillerietätigkeit, die teilweise auch nachts anhält.

Im Tiroler Grenzgebiet wurde der Angriff meh-
rerer Bataillone gegen unsere Höhenstellungen auf dem Eisen-
reichkam, der Pfannspitze und der Filmoorhöhe nordöstlich
des Kreuzbergstättels abgeschlagen. In der Gegend von Schlu-
derbach räumte eine eigene schwache Abteilung ihre vorge-
schobene Stellung. In Südtirol bauern die Geschützkämpfe
fort. Besonders Lob gebührt auch den braven Besatzungen
unserer Grenzfürst, die in diesen Bollwerken jedem Feuer
heldenmütig standhalten.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Gestern früh erschienen vor Ragusa-Vecchia und
Grabova zusammen acht italienische Kreuzer und
zwei Torpedoboote und eröffneten das Feuer gegen
die Bahn, gegen den Bahnhof Grabova, einige Ortschaften und
gegen die Höhe bei Ragusa-Vecchia. Sie gaben insgesamt etwa
tausend Schuß ab. Es wurden einige Privatgebäude leicht
beschädigt. Menschenverluste sind nicht zu beklagen; auch Ver-
wundete gab es nicht.

Um 5 Uhr 45 Minuten früh erfolgte die bereits gemeldete
Landung des Kreuzers „Ginevra Garibaldi“, worauf das italienische Geschwader eilends unsere
Rüstungsgewässer verließ.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Döefer, Feldmarschallleutnant.

Soziale Arbeit und Frauenwahlrecht.

Eine Genossin schreibt uns:

Es gibt Frauen, die davon träumen, daß ihnen der Krieg
die langersehnte politische Gleichberechtigung bringen werde,
ohne daß sie weiter darum zu kämpfen brauchen. Sie berufen
sich darauf, daß die deutschen Frauen während des Krieges
eine solche Fülle von Arbeit für das Allgemeinwohl geleistet
haben, daß sie nicht unbelohnt bleiben dürfe. Der Lohn
aber werde das Frauenwahlrecht, zum mindesten das
kommunale Wahlrecht, sein.

Wir glauben nicht daran, daß diese Frauen recht behalten
werden und wir mahnen unsere Parteigenossinnen, sich nicht
in Hoffnungsblindheit zu wiegen, sondern daran zu denken,
daß jedes Recht, das einen Wert hat, das uns vorwärts-
bringen soll, errungen werden muß. Der Krieg
hat uns vielleicht dem Wahlrecht näher gebracht
insofern, als er den Frauengegnern viele ihrer ge-
bräuchlichsten Argumente genommen hat, und vor
allem, weil auch der uninteressierteste Frau klar ge-
worden sein muß, wie bringen die weiblichen Staats-
bürger politischen Einfluß brauchen, den sie nur durch das
Wahlrecht ausüben können. Die Tatsache allein, daß ein Krieg
von so ungeheurer Wirkung, solcher Ausdehnung und mit so
schmerzlichen Verlusten in allen beteiligten Ländern entstehen
konnte, muß in den Frauen als den am stärksten Betroffenen
den Willen auslösen, an der Verhinderung künftiger Kriege
mitzuwirken.

Aber denken wir selbst nicht an diese in das Gebiet der
hohen Politik reichenden Fragen — auch die praktische Für-
sorgearbeit und die Einwirkungen des Krieges auf die von
altersher als die ureigenste Interessensphäre der Frau aner-
kannten Gebiete, auf Haus, Erziehung und Ernährung, lassen
uns erkennen, wie machtlos wir den Dingen gegenüberstehen,
wie wenig uns die energigsten Forderungen helfen, eben weil
wir rechtlos sind.

Die Sozialdemokratinnen haben sich der kommunalen
Hilfsarbeit zur Verfügung gestellt, und sie haben auch
selbständig einzelne Gebiete bearbeitet. Was sie geleistet haben
in andauernder, unermüdlicher Arbeit, und was viele von
ihnen heute noch Tag für Tag für die Hilfsbedürftigen
tun, darüber gibt uns eine Arbeit von Luise Zieg:
Zieg: Die sozialdemokratischen Frauen
und der Krieg) einen Ueberblick. Wir sehen, wie
die Genossinnen fast überall mit den bürgerlichen Frauen
gemeinsam in der Kriegshilfe der Kommunen arbeiten,
und wie sie mit Erfolg versuchen, dort ihre Auffassung zur
 Geltung zu bringen, daß die Unterstellungen nicht als Wohl-
taten angesehen werden müssen, sondern als ein Recht in An-
spruch genommen werden können. Als selbständige Aktionen
wurden in Berlin die Beaufsichtigung und Belästigung der
Kinder organisiert, die leider nach einigen Monaten schon
aufgegeben werden mußte, da die Stadt einen nochmaligen
finanziellen Zuschuß verweigerte; und sodann die Kranken-
und Wöchnerinnenfürsorge, an der sich zweihundert
Genossinnen beteiligten. So Wertvolles unsere Frauen
sowohl hier wie als Leiterinnen und Helferinnen in
den städtischen Kommissionen geleistet haben und noch
leisten, immer kam doch der Punkt, am dem sie das
Unzulängliche ihrer Tätigkeit erkannten, weil sie an den ent-
scheidenden Stellen keinen Einfluß besaßen. Das kommt
auch in der Broschüre von Luise Zieg deutlich zum Ausdruck. Hier
und da klingt Bitterkeit durch, wenn sie erwähnt, wie die Petition
der Helferinnen, die das Elend der Arbeitslosen in seinem
ganzen Umfang kennen gelernt hatten, um durchgreifende
Maßnahmen, wie die Forderung nach einer tatsächlichen Mutter-
schaftsfürsorge für alle bedürftigen Mütter und nach der Fest-
setzung niedriger Höchstpreise für die notwendigen Lebensmittel
und nach ihrer Beschlagnahme, nur zu einem geringen Teil
erfüllt wurden.

Die Mitarbeit der sozialdemokratischen Frauen hat zweifellos
in vielen Einzelfällen Gutes zu wirken vermocht, sie hat manche
unsoziale Handlung verhindert, und sie hat Tausenden von armen
Frauen den Gang zu den städtischen Hilfsquellen erleichtert.
Sie vertreten die Interessen der Bedürftigen mit größerer
Energie, weil sie die Not und das Elend besser kennen als
die meisten der bürgerlichen Leiterinnen und Helferinnen;
aber das, was gewährt wird, sind und bleiben nur Notbehelfe,
farge Gaben; daran kann auch alle ihre aufopfernde Tätigkeit
nichts ändern. Die Frauen haben durch ihre Arbeit einen
Einblick in die städtischen Verwaltungszweige gewonnen, und
sicher ist in vielen die Erkenntnis gefestigt worden, daß die

*) Luise Zieg, Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg.
Ergänzungsbelt Nr. 21 zur „Neuen Zeit“. Verlag J. G. D. Diez
Nachf., Stuttgart. — Es wäre zu begrüßen, wenn von dem Heft
eine billige Agitationsausgabe erscheinen würde.

städtische und staatliche Fürsorgepolitik in vieler Beziehung besser wirken könnte, wenn sie auf andere Grundlagen gestellt würden, wenn die vorbeugenden Maßnahmen stärker in den Vordergrund geschoben und mehr gepflegt würden.

Die Tätigkeit der Frauen hat manches Vorurteil in bürgerlichen Kreisen zerstört. Sie haben ebenso wie die Tausende von Frauen, die die Arbeit der zu den Waffen gerufenen Männer übernommen haben, bewiesen, daß sie Gleichwertiges und Hochwertiges leisten können. Mehr als das, wir dürfen wohl behaupten, daß in der Fürsorgeleistung an vielen Stellen kein Mann die Arbeit der Frau hätte ersetzen können. Und doch wäre es verfehlt, nun als Belohnung für das alles das kommunale Wahlrecht zu erwarten. Ein Blick auf die Zusammenfassung des Preussischen Abgeordnetenhauses genügt, um zu wissen, daß zum mindesten in diesem Staate an eine freiwillige Gewährung der Gleichberechtigung nicht zu denken ist.

Nach dem Krieg wird das Ringen um eine andere Kräfteverteilung in der Politik wieder beginnen; die Frauen werden sich an ihm mehr noch als bisher beteiligen, weil der Krieg sie gelehrt hat, wie sehr der Staat, das heißt die Mehrzahl der Staatsbürger, ihre verantwortliche Mitarbeit braucht. Daß die politische Betätigung auch während des Krieges nicht ruhen darf, ja daß den Frauen in dieser Zeit, wo den Männern mancherlei Beschränkungen auferlegt sind, ganz besondere Aufgaben erwachsen, betont Luise Rieg in den letzten Kapiteln ihrer Schrift auf das nachdrücklichste.

Nun müssen wir vor allen Dingen aufmerksam die politischen Ereignisse und die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen verfolgen und beurteilen. Wir müssen lernen, die Zusammenhänge zu begreifen, denn das Wissen, die Kenntnis dessen, was um uns vorgeht im öffentlichen Leben, gibt uns das Recht und die Kraft, unsere Ansicht zu äußern und unsere Forderungen zu vertreten. Viele unserer Parteigenossen sind gefallen; unsere Reihen sind gelichtet. Wir Frauen müssen mit dafür sorgen, daß neue Kämpfer, aufrechte und unbeugsame Streiter für die Demokratie und den Sozialismus zu uns kommen.

Die Kräftigung und Befestigung der Partei muß unsere Aufgabe werden, denn nur die Stärkung der Demokratie in Deutschland, die Durchdringung des ganzen politischen Lebens mit demokratischen Ideen wird uns einen dauernden Frieden und wird uns das Frauenwahlrecht bringen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 17. Juli. (B. L. B.) Bericht des Großen Generalstabes.

An der Front Goldingen—Murawiewo sah die Front an dem rechten Ufer der Flüsse Windau und Wenta Fuß und setzte seinen Vormarsch in der Richtung auf Tulkum und Alt Kuz fort. In der Gegend östlich von Popelians bedrängten wir die feindliche Infanterie.

Am rechten Ufer des Drzye dauerte am 16. Juli der heftige Kampf auf ausgedehnter Front an. Der Feind griff mit drei Regimentern das Dorf Podosie an, nahm es, ging auf das rechte Ufer des Drzye und nahm uns drei Kanonen weg. Aber in einem wütenden Gegenangriff wurden die deutschen Truppen, die den Drzye überschritten hatten, mit dem Bajonett niedergemacht, die Kanonen wieder gewonnen und der Feind aus Podosie geworfen. Sibirische und turkestanische Truppen, die hier den zweifach überlegenen Feind bekämpften, bewiesen glänzenden Gefechtswert und hervorragende Ausdauer.

In der Gegend von Mlawa drängten wir den Feind, der seine Reserven verdoppelt hatte, südlich von Ciechanow zurück.

Nordwestlich von Radom griff eine Kosakenbrigade am 15. Juli bei dem Dorfe Motrzeg eine österreichisch-ungarische Vorhut an, machte 280 Soldaten und 3 Offiziere zu Gefangenen und erbeutete 2 Maschinengewehre.

Zwischen Weichsel und Bug ergriff der Feind in der Nacht zum 16. Juli eine allgemeine Offensive. Die feindlichen Angriffe am Bache Podlipa östlich von Billoz und bei Buhajawa wurden zurückgeschlagen. Am rechten Ufer des Bieprz machte der Feind nach hartnäckigem Kampf einige

Fortschritte. Am Abend des 16. Juli hielten wir uns an der Front Izborno-Straznostaw. Am rechten Ufer des Bieprz wurden feindliche Angriffe am Bache Wolle zurückgewiesen. Östlich vom Dorfe Graboweg gelang es dem Feinde in der Nacht zum 16. Juli und am folgenden Tage mehreremale, unsere Drahthindernisse zu durchbrechen, wir warnten ihn aber jedesmal mit Gewehrfeuer und Bajonetten zurück. Südlich von Grabesow, zwischen den Flüssen Huczwa und Bug richtet der Feind heftige Angriffe gegen die Front Meteln-Maslomeniska. An den Flanken dieses Abschnittes machten wir in der Nacht zum 16. Juli bei Terebin und Tihobonj erfolgreiche Gegenangriffe.

Am Bug schlugen wir feindliche Zellangriffe zwischen dem Dorfe Arglow und der Stadt Sotaj, sowie bei den Dörfern Klusow und Parhatsch, mit Erfolg zurück. Wir machten dort mehrere hundert Gefangene.

Am Dnjepr und zwischen Dnjepr und Bug dauern die Kämpfe ohne ernste Veränderungen der besetzten Fronten fort.

Im Schwarzen Meer hat unser Unterseeboot „Nerpa“ in der Gegend der Kohlengruben ein mit Kohle beladenes Schiff versenkt.

Petersburg, 19. Juli. (B. L. B.) Bericht des Großen Generalstabes. Die Schlacht zwischen der Weichsel und dem Westufer des Bug erreichte am 17. Juli die äußerste Heftigkeit. Unsere Truppen warfen mit Tapferkeit und Hartnäckigkeit den feindlichen Vorstoß zurück. In der Richtung auf Lublin unternahm der Feind auf der ganzen Front Angriffe, indem er hauptsächlich seine Kräfte in der Gegend von Billozaz konzentrierte, wo wir im Laufe des Tages mehr als zehn Angriffe zurückschlugen. Im Laufe des Tages griffen große deutsche Truppenmassen unsere Streitkräfte auf dem linken Ufer des Bieprz an. Dem Feinde gelang es hier, nach Norden in der Gegend von Izborno bei Straznostaw vorzurücken. Trotz ihrer Verluste wiesen unsere Truppen heldenmütig die wütenden Angriffe des Feindes zurück, die bis spät am Abend fortgesetzt wurden. Auf dem rechten Ufer des Bieprz erlitt der Feind am 16. Juli sehr große Verluste im Verlauf eines Angriffs auf unsere Stellungen an der Wolka. Am 17. Juli herrschte sehr lebhaftes Artilleriefeuer in dieser Gegend. An der Front der Dörfer Graboweg und Bere sie unternahm der Feind am 16. und 17. erbitterte Angriffe; nach wiederholten Bajonettangriffen eroberte er nur die Schützengräben von zwei unserer Kompagnien. Zwischen Gutschwa und Bug wiesen wir zahlreiche Angriffe des Feindes ab und warnten ihn aus dem Walde von Motoline heraus. Am Bug bei Mlowitz, Zeluzhe und Konotopy versuchte der Feind am 17. Juli auf das rechte Ufer des Flusses zu gelangen, aber wir wiesen ihn durch glückliche Gegenangriffe zurück. In der Gegend von Riga und Szawle dauert die feindliche Offensive auf Tulkum und Alt-Kuz an. In der Richtung auf diese beiden Orte wurden am 17. Juli Kämpfe geliefert, an der auch zahlreiche Kavallerie teilnahm. Im Osten des Dorfes Popelians machten wir im Laufe eines erfolgreichen Angriffs fünfhundert Deutsche mit neun Offizieren zu Gefangenen und erbeuteten sieben Maschinengewehre. Ein feindlicher Angriff im Norden von Szawle wurde zurückgewiesen. Die feindliche Offensive in der Richtung auf Prasnys, die auf einer breiten Front fortgesetzt wurde, zwang uns, uns in Stellungen näher am Mlawe zu konzentrieren. Im Zusammenhänge hiermit ergab sich die Notwendigkeit einer Umgruppierung unserer Streitkräfte auf dem linken Weichselufer, die wir, ohne daran gehindert zu werden, vollzogen. Am Dnjepr trugen wir im Laufe des 16. Juli einen ziemlich bedeutenden Erfolg gegen die feindlichen Truppen davon, welche den Fluß im Laufe des Tages überschritten hatten. Wir machten hier ungefähr 2000 Deserteure zu Gefangenen und erbeuteten sieben Maschinengewehre.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 19. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern nachmittag. Die Nacht war verhältnismäßig ruhig. Es ist nichts zu melden außer einigen

Artillerieaktionen in Belgien bei Saint-Georges und im Artois bei Souchez. Der deutsche Angriff, welcher am 16. Juli gegen die Stellungen, welche wir in Fontenelle erobert hatten, gerichtet war, wurde von zwei Bataillonen ausgeführt, welche nach den auf dem Gelände gemachten Feststellungen beträchtliche Verluste erlitten haben.

Der gestern abend ausgegebene amtliche Kriegsbericht lautet: Im Artois ziemlich heftige Kanonade um Souchez. Etwa zehn großkalibrige Granaten wurden auf Arras abgefeuert. Auf den Maas Höhen lebhaftes Infanterieaktionen. Wir eroberten heute morgen durch Gegenangriff ein Schützengrabenstück auf der Südkuppe der Souvauschucht zurück, welches der Feind gestern abend besetzt hatte. Im Laufe des Tages wurde ein neuer deutscher Angriff, welcher von Bespritzung mit brennender Flüssigkeit begleitet war, zurückgeworfen. Bei diesen Kämpfen fügten wir dem Feinde sehr schwere Verluste zu und nahmen zwei Offiziere und über 200 Soldaten gefangen, welche drei verschiedenen Regimentern angehören. Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden.

Der englische Bericht.

London, 19. Juli. (B. L. B.) Feldmarschall French meldet: Die Lage ist unverändert. Obwohl seit dem 9. Juli keine Kämpfe stattgefunden haben, die einen besonderen Bericht nötig gemacht hätten, herrschte doch an der Front reges Leben. Auf beiden Seiten wurden viele Minen zur Explosion gebracht. Teile der Front wurden hin und wieder heftig beschossen. Dreimal sah der Feind Fuß in den englischen Schützengräben, wurde aber sofort wieder daraus vertrieben. Einem dieser Angriffe ging ein heftiges Bombardement voraus, bei dem der Feind ausgiebig von Gasbomben Gebrauch machte.

Ersatz der französischen Territorialreserven.

Paris, 19. Juli. (B. L. B.) Nach dem „Temps“ hat der Kriegsminister Maßnahmen getroffen, damit die Mannschaften der Reserve der Territorialarmee (unserem deutschen Landsturm entsprechend. Red. d. B.) von 43 bis 46 Jahren, welche an der Front Dienst tun, von der Front in die Depots zurückgebracht und durch Mannschaften jüngerer Jahresklassen ersetzt werden.

Der italienische Krieg.

Der italienische Kriegsbericht.

Rom, 19. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern. Man meldet keine, für uns günstige Treffen in der Gegend Tirol—Trentino und in Kärnten. Am Tage des 16. Juli verursachte das Feuer unserer schweren Artillerie gegen feindliche Werke am Predilpaß Explosionen und eine Feuersbrunst, die lange andauerte. An der Isonzofront ist die Lage unverändert. Cadorna.

Der türkische Krieg.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 19. Juli. (B. L. B.) Bericht des Hauptquartiers. An der Dardanellenfront gab es am 18. Juli bei Ari Burnu nichts von Bedeutung. Bei Sed ul Bahr griff ein Teil der feindlichen Kräfte am Morgen einige Gräben unseres linken Flügels an. Der Feind wurde bis in die Gräben herangelassen und dort niedergemacht. Wir machten einige französische Soldaten zu Gefangenen. Unsere anatolischen Batterien beschossen heftig die Lager und Landungsstellen des Feindes bei Tekke Burnu und verursachten einen Brand, der, von Explosionen der Munition begleitet, eine halbe Stunde dauerte. An der Front im Irak verfuhr der Feind, nachdem er in der Schlacht von Rasat ul Redjin besetzt worden war, keinen neuen Angriff mehr. Die Ueberführung der feindlichen Verwundeten in Schiffen nach Süden hat seit zwei Tagen begonnen und dauert fort. In den anderen Fronten nichts Wichtiges.

Der deutsche Feldpostverkehr.

Der ständig und außerordentlich zunehmende Kriegspostverkehr muß den ständig wechselnden Operationen der Feldheere entsprechend geregelt werden, er muß sich ihnen anpassen, wie sich der Postdienst im Frieden den wechselnden Bedürfnissen des Verkehrs anpaßt. Deshalb werden ja nach der Kriegslage in bunter Reihe Beschränkungen und Erweiterungen des Postverkehrs und demgemäß neue und abändernde Vorschriften herausgegeben, die durch amtliche Bekanntmachungen oder durch die Zeitungen meist einzeln zur Kenntnis des Publikums kommen. Es ist schwer, sich darin zurechtzufinden; und selbst von Postbeamten kann man oft keine zureichende Aufklärung erhalten.

In einem Verhältnis, wie es der gewöhnliche Postverkehr nicht kennt, hat der Feldpostverkehr zugenommen. Wie der Posttrat Grohe in seiner Broschüre „Die deutsche Feldpost“ anführt, haben sich die bei der Berliner Postsammlung bearbeiteten eigentlichen Briefpostsendungen nach dem Felde von Mitte September 1914 bis Mitte Januar 1915 um über 200 Proz. und die Päckchenpost um fast 600 Proz. vermehrt, während im gewöhnlichen Postverkehr die durchschnittliche Zunahme für ein ganzes Jahr 6 bis 7 Proz. ausmacht. Der von Anfang August bis Ende Dezember 1914 nach dem Felde abgeschlossene Brief- und Päckchenverkehr ist allein für das Reichspostgebiet auf etwa 688 Millionen Sendungen zu veranschlagen. Im Deutschen Reich wurden nach einer am 16. Januar 1915 vorgenommenen Zählung täglich 8 Millionen Feldpostbriefsendungen bearbeitet und nach dem Felde abgehandelt; 4,3 Millionen portofrei, also nicht bis 50 Gramm schwere Briefe und Karten, und 3,7 Millionen schwerere frankierte Briefe und Päckchen. Diese Tagespost umfaßte über 30 000 Briefbeutel. Bei den Feldpostanstalten werden täglich über 2 Millionen Feldpostsendungen aufgeführt. Nach einer neuen Zählung, die am 24. Juni vorgenommen wurde, sind an diesem Tage aus Deutschland 8,5 Millionen Feldpostbriefsendungen nach dem Felde abgegangen. Davon waren 5,9 Millionen portofreie Briefe und Postkarten und 2,6 Millionen frankierte Briefe und Päckchen. Da nach einer Mitte Mai vorgenommenen Ermittlung im Felde selbst 5,8 Millionen Feldpostbriefsendungen täglich aufgeführt werden, umfaßt der gesamte Feldpostbriefverkehr täglich 14,3 Millionen Sendungen.

Die Zahl dieser Sendungen ist noch immer im Steigen begriffen. Diese Steigerung ist nicht nur eine natürliche Folge der fortgeschrittenen Vermehrung unserer Truppen. Auch die Intensivität des Feldpostverkehrs wächst dauernd, zumal unsere Truppen auf dem westlichen Kriegsschauplatz sich überwiegend in festen Stellungen befinden und dadurch weit mehr Gelegenheit zum Schreiben

haben, als dies in den ersten Monaten nach Ausbruch des Krieges, die unter dem Zeichen der großen Märsche standen, der Fall war. An die Betriebsbedingungen der heimischen Postverwaltung werden deshalb jetzt im Kriege dauernd Anforderungen gestellt, die weit über das zu Friedenszeiten bestehende Maß hinausgehen. Das doch der heimische Postverkehr selbst annähernd wieder den Umfang angenommen, den er vor Ausbruch des Krieges hatte.

Es verlohnt, den dreimaligen Feldpostverkehr mit den Leistungen der Norddeutschen Feldpost im Kriege 1870/71 zu vergleichen. Diese hatte vom 16. Juli 1870 bis 31. März 1871 insgesamt 89,7 Millionen Sendungen empfangen und abgesandt, wovon auf die aus der Heimat stammende Post etwa 69 Millionen zu rechnen waren. Demnach übersteigt der Feldpostverkehr des jetzigen Krieges denjenigen von 1870/71 wohl um das Zwanzigfache. Seinen Höhepunkt erreichte der Feldpostverkehr im jetzigen Kriege um Weihnachten und Neujahr.

Das bereits erwähnte Büchlein Grohe gibt auch eine glänzende Rechtfertigung der deutschen Feldpost gegen die anfänglich laut gewordenen Klagen, daß sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen sei. Grohe weist überzeugend nach, daß die bei Beginn des Krieges zutage getretenen Mängel nicht auf die Organisation der Feldpost, sondern auf zwingende Verkehrsverhältnisse der Eisenbahn und der militärischen Kommandobehörden zurückzuführen sind. Er erinnert an die Tatsache, daß der reguläre Fernverkehrsbetrieb aus militärischen Rücksichten erst zwei bis drei Wochen nach Ausbruch des Krieges in Tätigkeit getreten war. Dazu kamen die Verzögerungen durch die Truppentransporte und die steigenden Einschränkungen des Personen- und Güterverkehrs auf den deutschen Eisenbahnen. Es verkehrten lediglich Militär-Lokalzüge, auf die auch die Postförderung beschränkt blieb, nachdem sie bisher täglich 18 000 Schnell- und Personenzüge zur Verfügung gehabt hatte. In den Zugverbindungen traten große Unregelmäßigkeiten ein und erst vom 2. November ab, wo die Eisenbahnverwaltung den Friedensfahrplan bis zu 70 Proz. der früheren Länge wieder einführte, wurde es der Postverwaltung möglich, allmählich wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen.

Die ungewöhnliche Zunahme des Feldpostverkehrs von der Heimat zur Armee spiegelt sich in der ununterbrochenen Vermehrung des Personalbestandes der heimischen Postsammlerstellen wieder, die die aufbereiteten Feldpostsendungen bearbeiten. Das Personal der im Deutschen Reich vorhandenen Feldpostsammlerstellen, das Mitte August 3100 Köpfe zählte, war Anfang Oktober auf 7800 Köpfe angewachsen und umfaßte bis Mitte Februar 1915 gegen 14 200 Köpfe. Es sind dies meist Hilfskräfte, die erst angeleitet werden müssen, da ein großer Teil der Postbeamten im Felde steht.

Das Sortiergehäufte bei den Postsammlerstellen ist außerordentlich schwierig. Es kommen nicht weniger als 16 000 verschiedene Formationen in Frage, auf deren Unterscheidung der

Feldpostbeamte um so mehr achten muß, als die Absender sie nur zu oft verwechseln oder übersehen. Die in der Friedensarbeit erworbenen verkehrsgeographischen Kenntnisse müssen dem Sortierbeamten gar nicht. Er handelt das Feldpostsortiergehäufte auf Grund eines Ruderverzeichnisses, der sogenannten Feldpostübersicht, die darüber Auskunft gibt, zu welcher Feldpostanstalt der einzelne Truppenteil gehört. Bei den außerordentlich vielen Truppenverschiebungen, die der jetzige Krieg mit sich bringt, unterliegen diese Angaben vielfachem Wechsel. Dazu kommen die Zugänge an neuen Truppenteilen und Formationen. Die Feldpostübersicht muß deshalb alle drei bis vier Tage vollständig neu aufgelegt werden. Sie ist bereits zu einem stattlichen Buche herangewachsen.

Die Feldpostübersicht ist dabei nur maßgebend für die Leitung der an unsere mobilen Truppen gerichteten Sendungen. Die Feldpostbriefe an die nicht beim Heere befindlichen Truppen, wie z. B. an die Kriegsbefehlshaber und an die große Zahl der Ersatzformationen, werden an der Hand eines besonderen Druckverzeichnisses sortiert, das seit der Mobilmachung auch bereits über 70 Renaufgaben erlebte und mit jeder Auflage härter wurde. Die Feldpostanstalten haben für ihren Briefsortierdienst besondere Leitbefehe, die auch alle drei bis vier Tage neu erscheinen müssen.

Die Hauptanziehungskraft der gegenwärtig in Zürich zugunsten der Kriegsunterstützung veranstalteten Briefmarken-Ausstellung bildet die sechs Meter lange Wand „Die Post im Weltkriege 1914/15“. Diese Ausstellung macht mit allem Bekanntheit, was der Krieg auf philatelistischem Gebiete gesiegt hat. Auch sie gewährt einen Einblick in die Vorfälle der Feldpost, der feineren Friedensorganisation zugrunde liegt.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen über den Betrieb der Feldpost verlohnt es sich, einen Einblick in die inneren Einrichtungen des Kriegs-Postverkehrs zu nehmen. Einige der wichtigsten Bestimmungen seien hervorgehoben. Bei portofreilicheren Feldpostsendungen (Briefe und Päckchen im Gewichte von 50 bis 500 Gramm) darf über die Ueberbeschriftung der vorgezeichneten Gewichtsgrenze bis zu 10 Proz. des Höchstgewichts hinweggehen werden. Bei portofreien Sendungen ist die zehnprozentige Gewichtszunahme nicht zulässig. Von der Feldpostförderung sind ausgeschlossen: Einschreibsendungen in anderen als Militärdienst-Angelegenheiten, Postaufträge, Rodnahmeforderungen, Briefe mit Zustellungsankunden, Sendungen mit Velleidungs- und Ausrüstungsgegenständen für Truppenteile und deren Angehörige, Streichhölzer und andere feuergefährliche Gegenstände, insbesondere Taschenfeuerzeuge mit Benzinfüllung, Schwefeläther sowie Butter und Fett. Die Bezeichnung „postlagernd“ und das Verlangen der Selbstbestellung dürfen bei den durch die Feldpostanstalten auszubehandelnden Sendungen nicht angewandt werden. Drucksendungen gibt es im Feldpostbetriebe nicht. Zeitungsendungen usw. unterliegen daher den Bestimmungen für Feldpostbriefe. Alle Sendungen müssen in der Aufschrift den Vermerk

Englische Angriffe auf die asiatische Küste.

Konstantinopel, 19. Juli. (B. L. B.) Am Freitag hat ein kleines englisches Kriegsschiff Maschinengewehrfeuer gegen Dikili an der asiatischen Küste gegenüber von Mytilene eröffnet. Eine Zivilperson ist getötet worden. Türkische Küstenartillerie hat das Feuer erwidert, worauf das Kriegsschiff sich entfernte. Am Tage vorher hatte ein anderes englisches Fahrzeug gegen das Jollant in Sarmusaf bei Sivali einige Schüsse abgefeuert, wodurch aber nur geringfügiger Schaden angerichtet worden ist.

Havarie der „Queen Elizabeth“.

Bern, 18. Juli. (B. L. B.) Nach einer Meldung des „Messaggero“ aus Syracus hat die Havarie des englischen Panzers „Queen Elizabeth“ von einer Explosionskatastrophe vor den Darbanellen hergerührt. Beim elektrischen Abfeuern eines Acht- und dreißig-Zentimeter-Geschützes flog der Rohverschluss heraus, was eine erhebliche Beschädigung des Schiffes zur Folge hatte. Der Panzer mußte zwecks Reparatur docken.

Das griechische Flotten-Oberkommando.

Die griechische Regierung beschloß, daß Vizeadmiral Cunduriotis unverzüglich den Oberbefehl über die ganze griechische Hochseeflotte als Nachfolger des Konteradmirals Kerr wieder übernehmen soll.

Das Problem der Scheldemündung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Magister Churchill“: Dem Londoner Korrespondenten des „Neuen Rotterdamschen Courant“ hat Herr Winston Churchill interessante Mitteilungen gemacht. Der Bericht hierüber hatte ein eigenartliches Schicksal. Jedem Tage hielt ihn der englische Journalist vor. War die Aufgabe so schwer und zeitraubend, für Herrn Churchills Weisheit die zugehörige Fassung zu finden? Ehe die Öffentlichkeit den Inhalt erfuhr, bildete er den Gegenstand einer Anfrage im britischen Unterhaus, und Herr Asquith erklärte die Uebereinstimmung des Sachverhalts mit der Auffassung Churchills. Das ist für diesen ungewisselhaft eine große Genugtuung, der nach seiner Kalkulation als Marineminister auf dem ehrenvollen Ruheposten eines Kanzlers des Herzogtums Lancaster seinem Latendrang unwillkommene Jügel anlegen mußte.

Herr Churchill fühlt sich als Spezialist für die Beurteilung heiliger Verhältnisse. Sicherlich mit dem gleichen Rechte, wie Sir Edward Grey für die kontinentale Politik, der bekanntlich auch einmal in seinem Leben die britische Insel im vorigen Sommer für einige Tage verlassen hat. Der damalige Marineminister Churchill begleitete die famose Marinebrigade auf ihrem Hilfszuge nach Antwerpen. Beide, die Brigade und Herr Churchill, vermochten allerdings das Schicksal der Festung nicht zu wenden. Die wackeren Blaujungen schifften sich schleunigst wieder ein, als die deutschen Bomben sich zu ausdringlich bemerkbar machten, und auch Herr Churchill konnte nur mit dem Runde helfen, ehe er ihnen mit gutem Beispiel voranging.

Jetzt macht er von dem reichen Schatz der in Antwerpen gesammelten Erfahrungen Gebrauch, um Holland damit zu beichten.

Das Problem der Scheldemündung erschien, wie es immerhin, vor einigen Jahren auf der Tagesordnung, als Holland sich anschickte, seine Befestigungen bei Blijssingen zu verstärken. Vorgebildet mühte sich damals England, den Holländern in den Arm zu fallen. Auch Herr Churchill bezeichnet die jetzige geographische Regelung der Scheldemündung als „unnatürlich“. Denn hätte Antwerpen Transporte über den Fluß erhalten können, dann wäre es nicht gefallen. Wir wollen dem Sachmanne nicht widersprechen, auch wenn er sich auf das Glatteis der Prophezeiungen begibt; aber ob dem holländischen Leser die Lage ebenso „unnatürlich“ erscheint wie dem Engländer, der auch die Fortsetzung der Kanalküste nur als britisches Glacis ansieht, ist doch einigermaßen zweifelhaft.

Ueber gewisse Demarchen Englands im Haag und in Brüssel, die sich auf die Scheldepassage bezogen, sind wir nicht näher unterrichtet. Wir wissen nur, daß sie fruchtlos geblieben sind. Bedauerlicherweise erfahren wir auch jetzt aus Herrn Churchills oratorischen Feuerzungen nichts Genaueres über die Pläne unserer Feinde bezüglich des Scheldeproblems; natürlich für den Fall, daß sie in die Lage kommen sollten, es nach ihren Wünschen zu regeln. Vom Frieden sind wir noch weit entfernt, meint Herr Churchill, darum hat es keinen Sinn, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, was er möglicherweise bringen werde. Aber eine Besorgnis möchte er zertreiben, daß man Holland zumuten werde, seinen holländischen Be-

helf gegen ein Stück von Dierickland zu tauschen. Es ist recht interessant, bei dieser Gelegenheit von solchen Plänen zu hören, die sich offenbar doch schon zu weit verdrängt hatten, daß man in den Niederlanden davon Kenntnis erhielt. Daß England die ausschließliche Kontrolle der ganzen Küste von Calais bis zur Scheldemündung als sein hauptsächlichstes Kriegsziel betrachtet, liegt auf der Hand. Wir haben auch Grund zu der Annahme, daß es Calais nicht wieder zu räumen beabsichtigt, und schwerlich wird unter den Jungfrauen des heutigen Frankreichs wieder eine Jeanne d'Arc erstehen. Aber ist es für Holland und Belgien verführerisch, das Los zu teilen, das England dem geschwächten Frankreich zugebude hat? Ihre Häfen und Flußmündungen nach britischen Wünschen einzurichten, ist doch gleichbedeutend mit der Würde eines englischen Protektorates.

Um dieses Ziel der britischen Politik zu verfehlen, greift Herr Churchill nach dem recht plumpen Mittel, Holland vor dem deutschen Nachbarn zu warnen. Deutschland kann dazu getrieben werden, Holland anzugreifen; seine Lage ist die der Weite im Käfig, die nach rechts und links wild um sich schlägt, je näher die Klammern heranziehen. Eine harte Zumutung ist dieses Bild für Neutrale, die sich aus ungefähren Berichten über die wahre Kriegslage unterrichten können. Täglich lesen es die Holländer und vielleicht haben sie auch schon persönlich erfahren, daß der Bierverband in der ganzen Welt nach der Hilfe der Neutralen schreit, während die verbündeten Zentralmächte, ausschließlich auf ihre eigene Kraft bauend, von Erfolg zu Erfolg schreiten.

Auch die längst abgetane Legende, England und seine Bundesgenossen kämpften für die bedrohten kleineren Nationen, holt Herr Churchill wieder aus der Rumpelkammer hervor. Aber er muß die Abfuhr seitens des holländischen Volkes selber einstecken, das ihn an seine Liverpooler Rede erinnert, England habe den Krieg begonnen, um Frankreichs Niederlage zu verhindern. Daß Herr Churchill einen besseren Beweismittel nach dem Gebiete der auswärtigen Politik erbracht habe als auf dem der Marine, kann man nach diesen Leistungen eigentlich nicht behaupten. Was aber den angeblichen Schutz der Schwächeren anlangt, so möchten wir uns auch eines zoologischen oder richtiger sportlichen Bildes bedienen: der Dreierband hing den jersischen Köderfisch an die Angel, um den italienischen Döck zu fangen.

Ein Wort Churchills wollen wir und auch aneignen, findet doch ein blindes Guhn manchmal ein Korn: der Friede ist noch weit, und es hat keinen Sinn, sich jetzt schon den Kopf darüber zu zerbrechen, was er bringen werde. Deutschland hat die holländische Neutralität auf das Gewissenhafteste geachtet, es hat somit Gleiches mit Gleichem vergolten. Denn im Gegenzug zu Belgien hat Holland dem englischen Verfäher sein Ohr verschlossen, als er an es herantrat. Holland ist eben wirklich neutral geblieben. Es liegen nun keinerlei Anzeichen vor, nach welchen irgendwelche Absichten, die Herrn Churchills Warnungen vor der deutschen „Weite“ im Käfig“ rechtfertigen. Ein absolut selbständiges, neutrales Holland ist eine wertvolle Pfandbedingung für das Deutsche Reich. Auf der anderen Seite bildet der „unnatürliche“ Zustand der Scheldemündung mehr als einen Schönheitsfehler im britischen Bild des zukünftigen Europas, die holländische Befestigung Blijssingens sogar einen garstigen Klets. Schade, daß der mitteilbare Herr Churchill es verabsäumt hat, sich über diesen Punkt zu äußern.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

London, 19. Juli. (L. U.) Zur Bergarbeiterfrage wird gemeldet: Nach der Konferenz von Cardiff wurde eine Abstimmung vorgenommen, die folgendes Resultat ergab: Für die Wiederaufnahme der Arbeit 180 Stimmen, gegen die Wiederaufnahme der Arbeit 118 Stimmen, die 88500 Bergleute vertreten.

Die „heilige Einigkeit“ in Frankreich.

Paris, 18. Juli. (B. L. B.) Die Presse erblickt in dem Beschlußantrage des Nationalrates der Sozialistenpartei ein erfreuliches Zeichen für die Festigkeit der „heiligen Einigkeit“. Die Presse erklärt, das Manifest sei die beste Antwort, die den deutschen Sozialisten gegeben werden konnte. Die französischen Sozialisten seien, wie alle anderen Parteien in Frankreich, entschlossen, den Krieg durchzuführen. — Von der sozialistischen Presse äußert sich nur die „Guerre Sociale“. Hervor erklärt in diesem Blatte, anders habe man den deutschen Sozialisten nicht antworten können. Die französischen Sozialisten hätten jetzt ihrem Willen Ausdruck gegeben, Elsas-Lothringen zu befreien. Sie hätten niemand einen Revanchekrieg führen wollen und hätten ihre Friedensliebe sogar soweit getrieben, darin einzumilligen, daß

Gebühr erhoben. Privatpakete an die Angehörigen des großen Hauptquartiers und dessen Formationen sind bis zu 5 Kilogramm jederzeit zulässig. Die Gebühr beträgt 25 Pf. Postsendungen an Angehörige der Marine, die sich bei Behörden oder Marinepostämtern am Lande befinden, sind wie im Frieden zu adressieren. Pakete werden wie in Friedenszeiten sowohl an die am Lande befindlichen Marineangehörigen als auch an die Besatzungen der Schiffe angenommen. Da es sich bei der Versendung von Paketen an mobile Truppen um eine militärische Einrichtung handelt, ist es unrichtig, für das Ausbleiben der an Heeresangehörige im Felde abgegangenen Pakete stets die Postverwaltung verantwortlich zu machen.

Postsendungen nach dem Auslande müssen offen eingeleistet werden, und sind Briefsendungen in fremder Sprache nur nach Oesterreich-Ungarn und dem neutralen Auslande zulässig. Paketsendungen nach dem Auslande dürfen allgemein Briefe oder briefliche Mitteilungen, ausgenommen offene Rechnungen, nicht beigefügt werden. Die Sendungen werden von den zuständigen Zollbehörden auf ihre Auslieferungsfähigkeit geprüft. Wertbriefe und Briefchen mit Wertangabe sowie Postaufträge müssen bei Postämtern aufgegeben werden; die Einlieferung bei Postagenturen und Postfilialstellen und durch die Landbriefträger ist verboten. Bis auf weiteres sind Postsendungen nach dem feindlichen Auslande und einigen anderen Ländern ausgeschlossen.

Sendungen an Kriegsgefangene sind sämtlich portofrei, sie müssen mit dem Vermerk „Kriegsgefangenen sendung“ versehen sein. Die Adresse muß möglichst genau geschrieben sein und den Vor- und Nachnamen sowie den Dienstgrad des Gefangenen enthalten, sein Unterbringungs- oder Lazarett usw. und den Bestimmungsort. Es empfiehlt sich, Postsendungen erst dann an Kriegsgefangene abzugeben, wenn ihre Adresse bekannt ist. Auf jeder Sendung muß der Absender angegeben sein.

Der private Telegrammverkehr zwischen Feldheer und Heimat ist zunächst versuchsweise zugelassen; er kann aus militärischen Gründen ganz oder teilweise wieder aufgehoben werden. Im Telegrammverkehr mit dem neutralen Auslande bestehen wesentliche Beschränkungen, nach dem feindlichen Auslande werden Privattelegramme nicht zugelassen. Auch der Fernsprechverkehr ist mit dem feindlichen und dem neutralen Auslande eingestellt worden. Ueber etwa verfügte Ausnahmen ist bei den Fernsprechämtern Anfrage zu halten. Der private deutsch-österreichische Sprachverkehr kann zwischen Hauptgeschäften und deren Zweigniederlassungen zugelassen werden. Den Kriegs- und Zivilgefangenen ist die Benutzung der Fernsprechanlagen nicht gestattet.

Wer einen Einblick in die Niesenarbeit der deutschen Feldpost gewonnen hat und die mannigfachen Schwierigkeiten kennt, die sich der schnellen und richtigen Erledigung ihrer Aufgaben in den Weg stellen, wird bald zur Erkenntnis kommen, daß deutsche Organisationskraft auch auf diesem Gebiete musterhaftes leistet.

Elsas-Lothringen endgültig an Deutschland falle, unter der Bedingung, daß ihm Autonomie gewährt werde. Dieses Opfer hätten die französischen Sozialisten noch vor einem Jahre gebracht, aber da Frankreich jetzt bis zu den Knien im Blut wate, und da der Feind aus Belgien und aus sieben Departements vertrieben werden müsse, könne man es den französischen Sozialisten nicht verübeln, wenn sie gleichzeitig Elsas-Lothringen befreien wollten.

Die Frage der Autonomie Polens.

Paris, 19. Juli. (B. L. B.) Der Petersburger Korrespondent des „Temps“ meldet, daß die russisch-polnischen Konferenzen für die Vorarbeiten zur Autonomie Polens unterbrochen worden sind und erst nach der Eröffnung der Duma wieder aufgenommen werden sollen. Die Konferenzen, in welchen die große Frage der Autonomie Polens geregelt worden sein soll, waren angeblich von veröhnlichstem Geiste getragen.

Lohnbewegung bei den amerikanischen Munitionsarbeitern.

London, 19. Juli. (B. L. B.) Das Reuterjche Bureau meldet aus New York: In Boston und anderen Orten von Massachusetts besteht die Gefahr, daß sich die gleichen Zustände wie in Bridgeport, Connecticut, entwickeln, wo die steigende Unzufriedenheit der Arbeiter der Aufhebung durch ihre Führer zugeschrieben wird. Wenn es in Bridgeport zu einem allgemeinen Streik käme, würden auch die anderen Orte, wo Munition hergestellt wird, in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Remington Arms Company in Bridgeport verfertigt Unterteile für die Schrapnellherzeugung der Bethlehem Steel Company. Selbst wenn der Streik auf die Remingtonfabrik beschränkt bleibt, würden die Folgen sehr ernsthaft sein, da die Vorkriegsmunition große Aufträge dort untergebracht haben.

Vor den südafrikanischen Wahlen.

Bloufontein, 18. Juli. (B. L. B.) (Meldung des Reuterjchen Bureau.) Herzog hat in einer Rede sein Programm für die kommenden Wahlen aufgestellt. Er fordert Amnestie für die Männer, die wegen bewaffneten Widerstandes gefangen gesetzt worden sind, Garantie in der Verfassung, daß ihre Verteilung nicht ohne vorhergehenden Prozeß erfolgen dürfe, wie bei der Deportierung der Streikführer und der Erschießung Fouries. Er verlangt ferner, daß die Erklärung des Kriegsrechts auf gesetzlich bestimmte Angelegenheiten beschränkt bleibe, und endlich eine Abänderung des Gesetzes über die Landesverteidigung in dem Sinne, daß die Regierung nicht das Recht besitze, in ein Land im Angriffskrieg einzufallen und dazu Männer wider deren Willen zu verwenden.

Kriegsbekanntmachungen.

Vorratsanmeldung von Baumwoll- und Waststoffen.

Berlin, 19. Juli. (B. L. B.) Wie wir von zuständiger Seite hören, sollen durch die Heeresverwaltung Ende Juli 1915 zwei neue Vorratsmeldungen angeordnet werden:

Die eine betrifft Rohbaumwolle, Baumwollabfälle, Watte, Baumwollgarne und Baumwollgewebe verschiedener Art, insbesondere die vorchriftsmäßigen Stoffe für Heeres- und Marinebedarf, dann aber auch die wichtigsten Arten sonstiger roher, gebleichter und farbiger Baumwollstoffe. Erfast wird ferner baumwollene, halbwoollene und wollene Männerunterkleidung.

Gegenstand der zweiten Bestandserhebung sind Wastfaseroberstoffe sowie Wastfasererzeugnisse (Garne, Seilerwaren, Gewebe und leere Säcke). Unter Wastfasern werden Zute, Flachs, Ramie, Hanf und andere Seilerwaren verstanden.

Der Meldepflicht sollen die Bestände unterliegen, die am 2. August 1915 nachts 12 Uhr vorhanden sind. Geringfügige Vorräte sind von der Meldepflicht frei.

Die zur Meldung erforderlichen Vordrucke, aus denen auch der Wortlaut der Verordnungen ersichtlich ist, können vom 22. Juli an beim Stoffmeldeamt des Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Verlängerte Hedemannstraße 11, angefordert werden. Die Anforderung hat auf einer Postkarte (nicht mit Brief) zu erfolgen, die nur die Ueberschrift: „Beitritt Meldescheine für Baumwolle“ (oder „für Wastfasern“), die Anzahl der gewünschten Scheine und die Unterschrift nebst Firmenstempel und Adresse enthalten darf. Für jeden der beiden Wastbescheine (Baumwolle und Wastfasern) ist eine besondere Postkarte zu nehmen.

Da die Meldefrist sehr kurz bemessen ist (bis 10. August), so empfiehlt es sich, daß alle Meldepflichtigen sich schon jetzt die Vordrucke beschaffen und unverzüglich an die Aufnahme ihrer Bestände gehen.

Den Handelskammern und Landwirtschaftskammern ist das Nähere bekanntzugeben.

Von der deutschen Grenzkontrolle.

Berlin, 18. Juli. (B. L. B.) Die Ueberwachungsstellen an den deutschen Grenzen sind verpflichtet, die von den Reisenden mitgeführten Schrift- und Drucksachen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, was unter Umständen viel Zeit in Anspruch nimmt und die Abfertigung der Reisenden verzögert, oft sogar deren Weiterreise mit der nächsten Fahrgelegenheit unmöglich machen kann.

Im eigenen Interesse der Reisenden empfiehlt es sich daher, wenn diese möglichst wenig Schriftstücke, Briefe und Drucksachen bei sich führen, auch keine Zeitungen, da diese in der Regel der Beschlagnahme unterliegen. Dagegen wird empfohlen, dergleichen Schriftstücke pp. durch die Post nach dem Ziel der Reise zu senden, da alldann die Prüfung durch die zuständige Postprüfstelle erfolgt und der Reisende nicht Gefahr läuft, an der Grenze aufgehalten zu werden.

Reisen im ostpreussischen Grenzgebiet.

Berlin, 19. Juli. (B. L. B.) Der Oberbefehlshaber Ost erklärt folgende Bekanntmachung: „Vom 1. August 1915 ab sind alle Personen, welche das preussische Gebiet bis Memel-Ruß-Skruith-Stromes, sowie die russische Richtung von Ridden einschließlich ab nach Norden bereisen, oder das russische Gaff nördlich der allgemeinen Linie Karlen-Ridden befahren wollen, verpflichtet, einen vorchriftsmäßigen Inlandspaß oder einen polizeilichen Ausweis bei sich zu führen. Der Ausweis muß von der heimatischen Polizeibehörde seit dem 1. Januar 1915 ausgestellt sein und eine aus neuester Zeit stammende behördlich abgestempelte Photographie enthalten. Zuverlässigkeiten unterliegen den in der Verordnung des Oberbefehlshabers Ost vom 10. Juli 1915 R. D. Nr. 4772 festgelegten besonderen Strafbestimmungen.“

Für deutsche einzelne Militärpersonen und Zivilbeamte genügt jeder amtliche Ausweis ihrer vorgesetzten Dienststelle über ihre Person.“

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 278 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Offiziere von der Armee.
 Infanterie usw.: Garde-Grenadier-Regiment Alexander, Franz, Elisabeth und Nr. 5; Garde-Füsilier-Regiment (f. Lehr-Inf.-Regt.). Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regiment Nr. 6, 9, 11, 12, 13, 16, 17, 18, 20, 25, 28, 29, 31, 36, 38, 40, 43, 52, 54, 55, 56, 58, 59, 65 bis einschl. 70, 72 bis einschl. 78, 78 (f. Inf.-Regt. Nr. 92), 83 bis einschl. 85, 91, 93, 97, 99, 115, 118, 128, 130, 136, 140, 143, 144, 146, 147, 148, 149, 151, 153, 154, 157, 158, 160 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 257), 163, 164, 165, 166, 168, 173, 175, 176, 185, 188. Regiment v. Surnatowski. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 8, 11, 18, 19, 21, 22, 28, 29, 31, 32, 40, 56, 57, 61, 64, 66, 68, 71, 76, 79, 81, 83, 84, 86, 91, 92, 94, 99, 109, 110, 120, 201, 202, 204, 208, 211 (f. Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 39), 215, 216 (letzte beiden f. Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 39), 218, 219, 227, 228, 233, 251, 253, 256, 257, 261, 264, 268, 270, 272. Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 29 und Königsberg III. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 2. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 9, 12, 18, 20, 21, 22, 24, 31, 36, 46, 55, 56, 57, 65, 73, 75, 81, 85 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 79), 99, 118. Ueberplanmäßiges Landwehr-Infanterie-Bataillon Nr. 1 des 4. Armeekorps. Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 7, 9, 15, 25, 38, 41, 50, 58 (f. Ers.-Inf.-Regt. Nr. 29), 80, 83, 84 (f. Ers.-Inf.-Regt. Nr. 29). Landsturm-Infanterie-Bataillone Neufahrwasser, Waldenberg. Zusammengeführte Landsturm-Infanterie-Bataillone Marienwerder-Mastenburg (f. Regt. v. Surnatowski). Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: II Gießen, 4 Heidelberg, 19. des 7. und 8. des 15. Armeekorps. Stappen-Hilfskompanie der 9. Armee. Jäger-Bataillone Nr. 1, 2, 4, 9, 14; Reserve-Bataillone Nr. 2, 7, 15. Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1; Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 51 (f. Brig.-Ers.-Batt. Nr. 9), 105 (f. Füsil.-Regt. Nr. 88), 111 (f. Inf.-Regt. Nr. 91), 146 (f. Brig.-Ers.-Batt. Nr. 7); Festungs-Maschinengewehr-Abteilung A; Reserve-Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1.
 Kavallerie: Garde-Kürassiere; Garde-Reserve-Dragoner; Dragoner Nr. 5, 12, 13, 15, 21, 23; Husaren Nr. 11 und 16; Reserve-Husaren Nr. 5; Ulanen Nr. 11; Reserve-Ulanen Nr. 2; Jäger zu Pferde Nr. 8 und 9; Reserve-Jäger zu Pferde Nr. 1; Landwehr-Regiment Nr. 2.
 Feldartillerie: 3. Garde- und 3. Garde-Reserve-Regiment; Regimenter Nr. 6, 7, 14, 15, 18, 21, 22, 34, 35, 39, 41, 43, 73, 99; Reserve-Regimenter Nr. 1, 9, 19, 20.
 Fußartillerie: Regimenter Nr. 8, 9, 10; Reserve-Regiment Nr. 14; Bataillon Nr. 24; Reserve-Bataillon Nr. 26; 1. Reserve-Batterie Nr. 24.
 Pioniere: Regimenter Nr. 18, 19, 24, 25, 29, 30, 31; Bataillone: II. Nr. 1, I. Nr. 5, II. Nr. 6, I. Nr. 9, I. Nr. 11, I. Nr. 16, I. und II. Nr. 27; Ersatz-Bataillon Nr. 21; Kompagnien Nr. 185 und 213; Reserve-Kompagnien Nr. 45, 46, 52, 88. Leichte Minenwerfer-Abteilung Nr. 390; Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 115 und 195; Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 5 und 39.
 Verkehrsstruppen: Eisenbahn-Betriebskompanie Nr. 18. Feld-Luftschiffer- und Feldfliegertruppe.
 Train: Garde-Train-Abteilung; Train-Ersatz-Abteilung Nr. 3. Pferdebespannung Nr. 106.
 Munitionskolonnen: Artillerie-Munitionskolonne Nr. 2; Reserve-Artillerie-Munitionskolonne Nr. 1.
 Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 3 des 6. und Nr. 1 des 15. Armeekorps.

Strassenbau-Bataillon der Armeegruppe Bohrsch. Kriegsbeleidigungsämter. Reserve-Bekleidungsamt des 3. Armeekorps.

Die bayerische Verlustliste Nr. 203 meldet Verluste der Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 5 (auch Ersatz-Batt.), 8, 10, 18, 20, 21; Maschinengewehr-Zug E/14 (jetzt Nr. 11) 5. Ref.-Div.; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3.
 Die württembergische Verlustliste Nr. 221 enthält Verluste des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 247.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Benz u. Co. A.-G., die im Vorjahre keine Dividende verteilte, zahlt für das vergangene Kriegsjahr 12 Proz. aus. Der Bruttogewinn stieg von 14,92 auf 19,81 Millionen, der Reingewinn von 3,44 auf 6,40 Millionen Mark. Die Dividende beansprucht 2,64 Millionen, die Zantiemen 1,1 Millionen Mark. Der Geschäftsbericht bemerkt zu dem Jahresergebnis:

Das abgelaufene Geschäftsjahr stand bei seinem Beginn zunächst im Zeichen der politischen Unsicherheit. Mit Ausbruch des Krieges wurden wir dann durch die Einschränkung des Verkaufes an die Privatindustrie und das unermittelte Aufhören jeden Exportes vor eine völlig veränderte Situation und vor neue Aufgaben gestellt, die überdies durch die Einderufung einer großen Anzahl unserer Angestellten und Arbeiter zur Fahne beeinflusst wurden. Es galt, dem Bedarf der Heeresverwaltung zu entsprechen, von welcher wir in einzelnen unserer Fabrikationszweige bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit herangezogen wurden. Demzufolge hatten wir in Last- und Personentransport für Heeresbedarf sowie in Sanitätsfahrzeugen gesteigerte Umsätze zu verzeichnen, wobei auch die zu Anfang des Jahres vorhandenen Vorräte zum größten Teil geräumt wurden. Gleichzeitig wurde die Spezialfabrikation unserer Flugmotoren für Heer und Marine, welche sich im Vorjahre mehr oder weniger noch im Versuchsstadium befunden hatte, zum erstenmal in großem Maßstabe mit erfreulichen Erfolge und mit ständig wachsenden Produktionsziffern durchgeführt. Auch für Dieselmotoren und Spezialmotoren lagen Aufträge vor, während in der Fabrikation und im Umsatz von Kleinmotoren infolge der geschwundenen Absatzmöglichkeit die vorausgehende Stodung eintrat. Das Ergebnis des Vorjahres können wir als befriedigend bezeichnen. . . . In das neue Geschäftsjahr haben wir erhebliche Auftragsbestände herüberbekommen, sowohl von den noch nicht zur Ablieferung gebrachten Bestellungen der Heeresverwaltung, wie von den Bestellungen der Privatindustrie, welche infolge des Krieges nicht ausgeführt werden konnten und bis nach Beendigung desselben zurückgestellt werden mußten. Der bisherige Verlauf des neuen Geschäftsjahres ist durchaus befriedigend.

Der Motorenfabrik Oberursel A.-G. brachten die Aufträge der Heeresverwaltung, die das Unternehmen bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit beschäftigten, einen Ausgleich für den Fortfall des Exports. Der Bruttogewinn stieg von 0,52 auf 0,85 Millionen Mark, der Reingewinn von 0,28 auf 0,39 Mil. M. Die Dividende wird von 8½ auf 12 Proz. erhöht.

Die Aktiengesellschaft Gebr. Krüger u. Co., die im Frieden als Spezialität Bierdruckapparate herstellt, ist mit der Herstellung

von Kriegsmaterial stark beschäftigt. In den Friedensartikeln ist die Beschäftigung normal. Es wird angenommen, daß die Dividende, die für die beiden Vorjahre je 10 Proz. betragen hatte, höher ausfallen und die bisherige Höchstdividende (12 Proz.) wahrscheinlich übersteigen wird.

Eine neue ungarische Kanonenfabrik.

Vor einigen Tagen hat, wie Berliner Blätter berichten, die Eröffnung des Betriebes der neu errichteten Kanonenfabrik in Raab stattgefunden. Von dem auf 13 Millionen Kronen festgesetzten Aktienkapital der Gesellschaft hat die ungarische Regierung 7 Millionen Kronen übernommen. Die Skodawerke, die böhmische Kanonenfirma, sind gehalten, die Fabrik allmählich derartig in Betrieb zu setzen, daß sie nach einem bestimmten Zeitraum in der Lage sind, alle Geschütze jeden Kalibers zu erzeugen. Während der Vertragsdauer (25 Geschäftsjahre) sind die Skodawerke außerdem verpflichtet, auch die neuen Erfahrungen Konstruktionen und Patente auf dem Gebiete des Geschützwesens, über die sie in Zukunft verfügen werden, fortlaufend zu überlassen sowie als ständiger technischer Ratgeber der ungarischen Kanonenfabrik zu fungieren.

Auf die zweite Kriegsanleihe waren bis zum 15. Juli 8782,3 Millionen Mark = 96,4 Proz. der gesamten Zeichnung eingezahlt. Die entsprechende Zahl vom 7. Juli hatte auf 8689,4 Millionen Mark gelaufen, so daß 112,9 Millionen Mark neu eingegangen sind. Dessenungeachtet sind die von den Darlehnsklassen für die Zwecke der zweiten Kriegsanleihe hergegebenen Gelder um 55 auf 844 Millionen Mark zurückgegangen, wiederum also eine günstige Entwicklung.

Auflösung der Schallplattenkonvention.

Am 1. Juli ist die Konvention der Schallplattenfabrikanten aufgelöst worden. Sie hatte in erster Reihe die Aufgabe, die Ein- und Verkaufspreise festzusetzen und die Umtauschbedingungen zu regeln. Neuerdings sind bereits wieder Verhandlungen angeknüpft worden, die einen erneuten Zusammenschluß auf veränderter Grundlage bezwecken. Vorläufig herrscht in der Schallplattenindustrie jedoch freier Wettbewerb.

Die Getreidevorräte der Verbündeten.

In der „Morning Post“ schreibt ein Mitarbeiter: Der Getreidemarkt war in den letzten Tagen äußerst ruhig, und den Verkäufern von Getreide, besonders Weizen, war es fast unmöglich, Käufer zu finden. Die Frachtmärkte sind daher entsprechend gedrückt.

Eine Nachfrage nach Dampfern für Verschiffung der neuen amerikanischen Ernte von August ab ist noch nicht in weitgehendem Maße eingetreten, was vielleicht daran liegt, daß Frankreich, England und Italien ihre Kornkammern und Lagerhäuser bis oben hin voll haben. Es heißt, daß Frankreich so viel Getreide im Lande hat — außer dem noch in den französischen Häfen zu löschenden —, daß es nicht weiß, wo es das unterbringen soll. Man darf nicht vergessen, daß ungeheure Mengen der letzten amerikanischen und kanadischen Ernte nach Frankreich verschifft wurden und daß außerdem große Sendungen von Archangelst kamen.

Italien stapelte vor der Kriegserklärung Millionen Quarter Weizen auf. Dieses Land wird sich hauptsächlich für die neue nordamerikanische Ernte interessieren.

England hat nach und nach die letzte südamerikanische Ernte eingeführt, und seine Kornkammern sind voll zum Ueberfließen, da auch noch der Ueberfluß der indischen Ernte einzurechnen ist.

Dazu kommt noch die neue australische Ernte, so daß die Aussichten auf Ueberfluß an Getreide nie besser waren als gegenwärtig.

Cigaretten-Fabrik

GEORG A.

Jasmatzi Aktiengesellschaft

Deutsches Unternehmen

Deutsche Erzeugnisse

Infolge Übernahme sämtlicher bisher in ausländischem Besitz befindlich gewesenen Aktien unseres Unternehmens durch eine Deutsche Bankengruppe ist jeglicher ausländische Einfluss auf unsere Gesellschaft restlos ausgeschaltet.

Die über unsere Gesellschaft angeordnete Staatsaufsicht ist wieder aufgehoben. Das Verbot unsere Fabrikate in Staatsbetrieben feilzuhalten ist zurückgenommen.

RAUCHER! Es liegt kein Grund mehr vor sich aus nationalen Gründen den Genuss unserer erstklassigen Qualitätszigarettens zu versagen.

Gefährliche Illusionen.

Professor Theodor Schiemann hat vor kurzem eine Broschüre „Rusland auf dem Wege zur Revolution“ herausgegeben, die in der Presse ziemlich viel Beachtung gefunden hat.

In Wirklichkeit enthält das erwähnte Schriftchen, obwohl es eine Anzahl zureichender Feststellungen über die wirtschaftlichen und organisatorischen Mißstände in Rußland macht, eine Fülle von Verallgemeinerungen, die Verbindung mit apodiktisch vorgetragenen, unbewiesenen und unbeweisbaren Behauptungen über die Tätigkeit verschiedener revolutionärer Gruppen ganz falsche Vorstellungen von den eigentlichen Vorgängen in Rußland zu erwecken geeignet sind. Die Grundidee des Schriftchens ist, daß es der russischen Regierung im Falle eines schnellen Friedensschlusses noch gelingen könne, „durch die dann noch erhaltene Herrschaft die Revolution niederzuhalten und durch Preisgabe der „Fremdstämmigen“ an die Bauern die Revolution zu ersticken“.

Es ist im Grunde eine neue Variation der bekannten Auffassung von der „Befreiung“ der „Fremdstämmigen“, d. h. der Polen, Litauer, Juden, Ukrainer, Letten, Esten usw. durch die Kräfte der Zentralmächte, und zwar erfordert die Verwirklichung dieser „BefreiungsmiSSION“ eine Fortführung des Krieges bis zum Augenblick des inneren Zusammenbruchs Rußlands, da ein frühzeitiger Friede zwar die Stellung der russischen Regierung reiten, dafür aber die Lage der „Fremdstämmigen“ nur noch verschlechtern könne.

Hier tritt nun ein verhängnisvoller Trugschluß in der Auffassung Prof. Schiemanns grell zutage. Er konstatiert zwar in einer Nachschrift, die sich mit den Forderungen der Parteien an die Regierung beschäftigt, jetzt laute die Parole: „Krieg bis zum äußersten und Einführung eines parlamentarischen Regiments.“ Er hält es aber für völlig unsicher, ob das eine wie das andere Ziel überhaupt noch zu erreichen ist.

So erklärt Prof. Schiemann, „zu Weihnachten etwa waren nach verlässlichen Angaben der revolutionären Zentren, etwa 20-25 Proz. der Armees für den Umsturz gewonnen. Seither hat diese Bewegung bestimmt große Fortschritte gemacht.“ Welche „revolutionären Zentren“ haben diese Angaben gemacht? Uns ist, obwohl wir die Publikationen der russischen revolutionären Parteien fortlaufend verfolgen, keine einzige bekannt, die zu der angeführten Behauptung auch nur im entferntesten berechtigen könnte.

So erklärt Prof. Schiemann, „zu Weihnachten etwa waren nach verlässlichen Angaben der revolutionären Zentren, etwa 20-25 Proz. der Armees für den Umsturz gewonnen. Seither hat diese Bewegung bestimmt große Fortschritte gemacht.“ Welche „revolutionären Zentren“ haben diese Angaben gemacht? Uns ist, obwohl wir die Publikationen der russischen revolutionären Parteien fortlaufend verfolgen, keine einzige bekannt, die zu der angeführten Behauptung auch nur im entferntesten berechtigen könnte. Ein im Februar dieses Jahres wußte die Gendarmerie in Petersburg, daß es den revolutionären Zentren gelungen war, eine Organisation zu schaffen, die der des Jahres 1905 weit überlegen ist. Die Regierung hatte die Fäden in der Hand (1) und wußte viel, wenn auch nicht alles, aber sie hielt es für zu gefährlich, durch Massenverhaftungen vorzugehen, und befürchtete davon einen vorzeitigen Losbruch und damit eine schlimme Rückwirkung auf den Westen, auf Rumänien und Italien. Das steht sich zwar wie einer jener Kriminalromane „aus der russischen Revolution“, bei deren Lektüre den biedereren Bürger ein Grinsen überkommt, ist aber doch nichts anderes als ein Phantasieprodukt skandinavischer Kaffeehausjournalisten. Daß Prof. Schiemann diesen Unsinn wiederholt, nimmt uns nicht Wunder: ist er doch noch heute überzeugt, daß die Unberühmten und alle oberen Klassen der Mittelschulen in Rußland „Brutstätten der Revolution“ sind, und daß Studenten und Mittelschüler „ununterbrochen die revolutionäre Bewegung geschürt“ haben. Auch glaubt er, daß die Pogrome in Moskau und anderen Orten „in dem Umfang, den sie angenommen haben, nur durch die Einwirkung der Revolutionäre auf die Massen möglich geworden“ seien. Die russischen Revolutionäre, die seit Kriegsbeginn gegen die Massenverhöhnung gekämpft haben und die, nach verlässlichen Berichten, die uns zuzugingen, sich der von den Behörden begünstigten Pogromorganisation mit aller Energie entgegenstemmen, werden nun von Prof. Schiemann ohne eine Spur von Beweisen der Pogromorganisation beschuldigt! In dem Wille, daß sich Professor Schiemann von der Revolution zurechtgerichtet hat, spielt freilich der revolutionäre Pogrom eine bedeutende Rolle: „Zielbewußt sollen möglichst viele Fabriken zerstört, möglichst viele Warenlager vernichtet werden, um dem kriegführenden Staat die Lebensadern zu unterbinden und dadurch die Anarchie zu fördern, aus der sich dann das neue Leben entwickeln soll.“ Wir müssen gestehen, wir kennen keine revolutionäre Partei in Rußland, die sich solche Ziele gesetzt hat. Soweit wir die Haltung der sozialistischen Parteien Rußlands kennen — und nur diese kommen als revolutionär in Betracht — beharren sie in schroffer Opposition zur Regierung und führen eine energische Propaganda gegen

den Krieg, sie lehnen aber ganz entschieden das Programm der Anarchie ab, daß Schiemann ihnen zuschreibt.

Der verhängnisvolle Trugschluß Prof. Schiemanns besteht darin, daß er nach wie vor glaubt, Revolutionen könnten „gemacht“ werden, gemacht nach Rezepten, wie sie etwa der Polizeirat Stieber im Busen trug. Dieser Trugschluß war es, neben der damaligen revolutionsfeindlichen Stellung Professor Schiemanns, der ihn in den Jahren der russischen Revolution zu den schlimmsten Schmähungen und Verunglimpfungen der russischen Revolutionäre veranlaßte. Doch ebenso wie seine damaligen Angriffe nur der russischen Reaktion zugute kamen, also letzten Endes auch die Interessen Deutschlands schädigten, sind die von ihm jetzt vertretenen Anschauungen nur geeignet, gefährliche Illusionen über den Grad der Widerstandsfähigkeit Rußlands wachzurufen und durch Förderung von Zerstückelungs- und „Befreiungsplänen“ die Kräfte des Gegners nur noch mehr zusammenzuschweißen.

Wie berichtet wird.

In der „Täglichen Rundschau“ vom 13. Juli, Hauptblatt, stand folgendes zu lesen:

„Keinen Frieden mit Deutschland!“

Der „New Statesman“ vom 8. Juli, ein radikales, grundsätzlich friedensfreundliches Organ, schreibt: Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind augenblicklich in einer militärischen Lage, wie sie günstiger kaum gedacht werden kann und sicherlich nicht lange vorhalten wird. Es ist daher zu erwarten, daß Deutschland versuchen wird, jetzt Frieden zu schließen, da sich beim weiteren Verlauf des Feldzuges die Lage immer mehr zu Deutschlands Ungunsten verschieben muß. Man wird versuchen, in Rußland auf das starke deutschfreundliche Element am Hofe Einfluß zu gewinnen und in Frankreich mit Hilfe der deutschen Sozialdemokraten in den einflussreichen sozialistischen Kreisen Stimmung zu machen. Auf England wird Deutschland wahrscheinlich durch amerikanische Vermittlung zu wirken versuchen, und wird sich dabei die starken religiösen und wirtschaftlichen Strömungen dienstbar machen, die dem Frieden grundsätzlich günstig sind. Es ist jedoch unmöglich, daß England beim gegenwärtigen Stand auch nur auf den bloßen Gedanken des Friedens eingeht. Vielleicht würde sich zwar Deutschland dazu verstehen, Belgien zu räumen, schwerlich aber dazu eine Kriegsentwöhnung zu zahlen. England würde dann also Belgien zu entschädigen haben; Frankreich und Rußland würden ihre eigenen riesigen Kriegsausgaben selbst bestreiten müssen; alle Balkanfragen würden in deutsch-österreichischen Sinne entschieden werden; die deutsche Flotte würde weiter eine ständige Bedrohung Englands bleiben. Der Friede würde keine Entlastung der Welt von ihren Rüstungen bedeuten, sondern England würde sich aufs neue für die Aufgabe wappnen müssen, die Welt gegen das Uebergewicht Deutschlands zu verteidigen. Nicht einmal dann wäre ein baldiger Friede wünschenswert, wenn alle Staaten, einschließlich Deutschland, sich dazu verstehen wollten, ihre kommenden Streitigkeiten einem allgemeinen Weltfriedensgerichte zu unterbreiten; denn Deutschland würde einen solchen Vertrag nicht einhalten, wenn es ihn auch unterzeichnete, und selbst das ist nicht sicher.

Das sind die radikalen, grundsätzlichen englischen Friedensfreunde. Den Herren Haase und Bernstein ins Stammbuch.

Der Anruf meiner Person hat mich veranlaßt, der Sache einmal nachzugehen. Nachdem es mir gelungen ist, die angelegene Nummer des „New Statesman“ zu erhalten, kann ich nun der „Täglichen Rundschau“ eines bestätigen. In der Tat enthält das von der „Täglichen Rundschau“ mit Recht als radikal bezeichnete englische Blatt einen Artikel, überschrieben „Wenn der Friede bald geschlossen würde“ (englisch: „If peace were made soon“), worin auseinandergesetzt wird, daß und warum ein jetzt geschlossener Friede vollständig zugunsten der Zentralmächte ausfallen und den deutschen Militarismus als den Sieger aus dem Krieg herborheben lassen müßte. Alles, was dessen Anwälte gepredigt, die von diesen betriebene Politik und insbesondere die Art, wie der Krieg eingeleitet wurde, würden als durch die Erfahrung erprobt erscheinen, Fortdauer und gewaltige Steigerung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande nach dem Frieden die unvermeidliche Folge sein. Aus dem bisherigen Gang der Dinge würde die Lehre gezogen werden, daß der Erfolg am Anfang den Krieg entscheide, und daß daher noch größere jederzeitige Kriegsbereitschaft, als sie von Deutschland an den Tag gelegt wurde, zwingendes Gebot für jedes Land sei, das auf seine Unabhängigkeit gegenüber Deutschland Wert lege. Soweit gibt die Notiz der „Täglichen Rundschau“ den Gedankengang des Artikels des „New Statesman“ zwar ungenau, aber nicht schlechthin unrichtig wieder. Anders mit den Schlüssen, welche die „Tägliche Rundschau“ in gesperrtem Satz bringt. Sie geben nicht nur nicht wieder, was der „New Statesman“ schreibt, sondern — doch, man urteile selbst. Der Artikel des genannten Blattes läßt der im vorhergehenden zusammengefaßten Auseinandersetzung die nachstehende Schlusßbetrachtung folgen:

Unvollkommen wie diese Schlusßfolgerungen hinsichtlich eines Friedens sind, der in naher Zukunft geschlossen werden könnte, scheinen sie doch unumstößlich zu sein. Wie leben nur eine Möglichkeit, die indes zugrundenermacher gering ist, durch die sie abgeändert werden könnten. Wenn alle die Mächte, einschließlich Deutschlands, darin einwilligen würden, daß eine der Friedensbedingungen die Einführung einer bestiminten internationalen Behörde sein solle, die imstande wäre, jedem Staat für die Zukunft vernünftige Sicherheit gegen tatsächliche oder vermutliche Angriffsabsichten seiner Nachbarn zu bieten, dann könnten wir morgen Frieden schließen. Aber ist die Schaffung einer solchen Behörde wirklich möglich? Und wenn sie dies ist, ist irgendeine Aussicht vorhanden, daß ein siegreiches Deutschland — was dieses letztere, stets wohl zu beachten, gegenwärtig ist — irgendeinem Vorschlag dieser Art zustimmen würde? Die Antwort auf die erste Frage könnte, glauben wir, zustimmend lauten; aber das ist ein Problem, auf das wir zurückkommen werden. Die Antwort auf die zweite ist, fürchten wir, sicher verneinend, und wenn dies der Fall ist, und solange dies der Fall ist, ist es schwer zu glauben, daß Friede mit einem unbeflegten Feind etwas anderes sein würde, als ein unheilvoller Mißgriff, sei es vom pazifistischen oder vom patriotischen Gesichtspunkt aus.

Man vergleiche diese Sätze mit dem so scheinbar zusammenfassenden Satz in der Notiz der „Täglichen Rundschau“ und man wird erkennen, wie irreführend der letztere ist. Er stellt die Tendenz der ersteren geradezu auf den Kopf.

Natürlich kann man über die Möglichkeit, auch ohne die Vorbedingung, von der der „New Statesman“ spricht, zu einem Friedensschluß zu gelangen, der einen wirklichen Frieden bringt, anderer An-

sicht sein als der oder die Verfasser jenes Artikels. Sie ziehen zum Beispiel einige sehr gewichtige Faktoren nicht in Betracht, die der von ihnen gezeigten Alternative ein etwas anderes Gesicht geben. Aber das ist ein Thema, auf das aus verständlichen Gründen hier nicht eingegangen werden kann, so nützlich es wäre, dies den Lesern vom „New Statesman“ an der Hand der von ihnen grundsätzlich ja durchaus richtig aufgefaßten Alternative klar zu machen, daß die obige Erklärung von ihnen ehlich gemeint ist, daß sie sich ernsthaft mit der Frage beschäftigen, wie ein wünschlicher Friede erzielt werden kann, steht außer Zweifel. In der gleichen Nummer, die den obigen Artikel enthält, wird angekündigt, daß die Nummern vom 10. und 17. Juli Sonderbeilagen bringen würden, die ausführlich im Lichte der Geschichte und Erfahrung „die große Frage“ behandeln:

„Wie solche Abmachungen zu treffen wären, die sowohl den unerträglichen Druck erbitterten Neutrausens der Nationen als auch den wiederkehrenden Ausbruch des Krieges zwischen den Großmächten verhindern würden.“

Ich habe diese Nummern nicht zu Gesicht bekommen, kann also nicht darüber äußern, ob die Vorschläge zweckmäßig und durchführbar erscheinen oder nicht. Soviel ist aber klar, daß eine der wesentlichen Vorbedingungen zur ersprießlichen Lösung der großen Frage, vor die die Völker Europas jetzt gestellt sind, darin besteht, daß diese wahrheitsgetreu über die Ansichten und Absichten unterrichtet werden, die von den politischen Parteien und Gruppen jenseits der Grenzen gehegt und verfolgt werden.

Das der „Täglichen Rundschau“ ins Stammbuch.

E. d. Bernstein.

Politische Uebersicht.

Gegen die Erhöhung der Getreidepreise.

Der mitunter offiziöse „Berl. Lokal-Anzeiger“ wendet sich in einem Artikel gegen die Erhöhung der Getreidepreise. Der Artikel ist eine Bestätigung der Feststellungen, die in dem gemeinsamen Aufruf getroffen wurden, den Parteivorstand und Generalkommission am Sonnabend erlassen haben. Das Blatt gibt zu, daß die Weizenbelastung des Familienhaushalts um 50 bis 60 Proz. gestiegen ist. In dem erwähnten Artikel wird dann ausgeführt:

Man hat hier und da gesagt, die erhöhten Löhne böten einen Ausgleich. Solche sind aber doch nur einem verhältnismäßig kleinen Teil der arbeitenden Bevölkerung zugute gekommen, ausschließlich den in den verschiedenen Zweigen der Kriegsindustrie Beschäftigten. Dazu gehören allerdings in einzelnen Gegenden, namentlich in Rheinland und Westfalen, Hunderttausende von Arbeitern — was will das aber sagen gegenüber den Millionen, um die es sich handelt? Und der großen Zahl der Preisbedrängten stehen für die Deckung des Lebensbedarfs nicht mehr Mittel zur Verfügung als vor der Teuerung, in vielen Fällen infolge der Gehaltsherabsetzungen sogar weniger. Die Rücklagen aber, die man vermöge der bewährten deutschen Sparjamkeit von der wirtschaftlich günstigen Zeit her hatte, und die die Preissteigerung auszuhalten zunächst ermöglichten, sind zu einem erheblichen Teile aufgebraucht. Die durch diese üble Lage betroffenen Volkskreise haben sich dank dem guten Geiste, der unser Volk befeelt, den Umständen in aller Ruhe angepaßt, so gut es eben ging. Man hat sich in allem, was nicht zur unmittelbaren Lebensbedürft gehört, eingeschränkt: die Wirkungen sind im gesamten Erwerbsebenen zu fühlen. Daß unter diesen Umständen auch die Stimmung des Volkes nicht unbeflügelt bleibt, ist selbstverständlich. Darum ist eine Wirtschaftspolitik unerlässlich, die der geschilderten Sachlage gebührend Rechnung trägt.

Zm Anschluß hieran wird dann betont, daß nur zwingende Gründe eine Erhöhung der Getreidepreise rechtfertigen könnten, daß aber nach dem Gutachten Sachverständiger solche Gründe nicht vorhanden sind. Reich und Bundesstaaten hätten ungemein viel getan, um den Landwirten über die Schwierigkeiten, welche die Zeit mit sich brachte, hinwegzuhelfen. In Oesterreich habe man eine mittlere Linie gefunden zwischen den Preisen, wie sie vor dem Krieg bestanden und den Höchstpreisen, die später festgesetzt wurden. Eine ähnliche Lösung werde auch bei uns von den Verbrauchern erhofft. Der Artikel schließt:

„Die Beschlagnahmepolitik hat sich, soweit es sich um Getreide handelt, vorzüglich bewährt und die Zweifel, die seitherzeit einzelne Fachmänner äußerten, schlagend widerlegt. Man darf heute daran erinnern, daß damals besonders die Militärbehörde entscheidend dazu beigetragen hat, daß gerade noch rechtzeitig der richtige Weg eingeschlagen wurde. Am Kriege muß eben auch einmal in wichtigen Fragen der Volksernährung ein Nachwort gesprochen werden, das ist nachgerade auch denen klar geworden, die es ursprünglich nicht gleich eingesehen hatten. Die Forderung erscheint berechtigt, daß auch jetzt eine Entscheidung zustande kommen muß, die dem Ernst der Lage entspricht und dazu beiträgt, die Spannkraft und Widerstandsfähigkeit aufrechtzuerhalten, die unser Volk bisher so wunderbarerweise zum Heile des Vaterlandes betätigt hat.“

Lebensmittelfragen im Rheinland.

Die Tatsache, daß trotz der enormen Teuerung Obst aus dem Rheingau nach England geht, hat in der Rheinproving große Erregung ausgelöst. Inzwischen konnte unser Kölner Parteiblatt noch mitteilen, daß holländische Händler schon seit einiger Zeit sich Mengen des Spätobstes, Äpfel und Pflaumen zur Weiterverladung nach England gesichert haben. Die Presse verlangt einmütig ein Ausfuhrverbot für Obst. Auf den Kölner Märkten kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Verkäufern und Käuferinnen, die teilweise zum Angriff übergingen. Am ersten Tage des städtischen Fleischverkaufs in Köln standen die Leute schon in den ersten Morgenstunden vor den Reggereien, und die für diesen Tag berechneten Vorräte waren im Handumdrehen verkauft. Bezeichnend ist, daß die Erbitterung über den Lebensmittelwucher im Bürgertum kaum geringer ist als in der Arbeiterklasse. Die bürgerliche Presse wird mit Zuschriften bestürmt und sieht sich, nachdem sie bisher Zurückhaltung geübt hat, gezwungen, Beschwerden zu veröffentlichen, teils sogar aus dem Felde, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Die Stadtverwaltungen sind mehr oder weniger ratlos, da bei der Festsetzung örtlicher Höchstpreise die Zufuhr ausbleibt. Auch in den Stadtvertretungen erwartet man, daß der Reichstag die Regierung zu Maßnahmen veranlaßt, da nur noch durchgreifende zentrale Maßnahmen helfen können.

Große Besorgnis erweckt die Anfringung höherer Getreidehöchstpreise für die neue Ernte. Aus dem Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften wird der „Blühenden Volkszeitung“ (Nr. 579) geschrieben, in Arbeiterkreisen erwarte man mit Bestimmtheit eine Ermäßigung der Höchst-

breite. Der Aufsatz schließt: „Die Lage in breiten Volksschichten ist ernst, wie anscheinend selbst in Regierungskreisen angenommen wird. Auf diese Tatsache rechtzeitig hinzuweisen, erachten wir als vaterländische Pflicht.“

Gegen den Wucher

erläßt der Gouverneur der Festung Köln, wo die Erregung sich außerordentlich gesteigert hat, folgende Verordnung:

„Die notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände haben eine Preissteigerung erfahren, die von den minderbemittelten Volksschichten äußerst schwer empfunden wird. Die Preissteigerung ist zum Teil künstlich herbeigeführt worden. Gewinnfüchtige Absicht hat zu unlauteren Machenschaften im geschäftlichen Verkehr sogar mit den für die Volksernährung und Unterhaltung unentbehrlichen Gegenständen geführt. Sowohl Produzenten als auch Händler haben die Waren aus dem Verkehr zurückgehalten, um die Nachfrage zu erhöhen und dadurch höhere Preisangebote zu erzielen. In einzelnen Fällen ist auch ein Überschreiten der festgesetzten Höchstpreise festgestellt worden, z. B. bei Kartoffeln und Zucker. Ich erwarte, daß alle Volksschichten der Gefahr, die dem Vaterlande durch solche unchristlichen Verhalten droht, entgegenwirken und diejenigen Fälle zur Kenntnis des Gouvernements bringen, in denen notwendige, zum Verkauf bestimmte Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände von Produzenten oder Händlern zurückgehalten, oder Preise gefordert oder geboten werden, die als unverhältnismäßig hoch bezeichnet werden müssen. Der Angezeigte hat seinen Namen mit Wohnung genau anzugeben. Ergibt sich, daß die bestehenden Strafgesetze zur Befriedigung der Schäden nicht ausreichen, so werde ich unverzüglich weitere Verordnungen erlassen. Wer durch künstliche Preiserhöhungen oder durch unangemessene Verdienste im geschäftlichen Verkehr die notwendigen Lebensmittel oder Gebrauchsgegenstände die Interessen der Allgemeinheit verletzt, wird öffentlich namhaft gemacht werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ und die Preistreibererei.

Der Artikel „Deutschlands und Englands Wirtschaftsleben“ in Nr. 191 des „Vorwärts“ hat der „Deutschen Tageszeitung“, wie sie in ihrer Nr. 356 versichert, große Freude bereitet. Sie hat darin mit der ihr eigenen Findigkeit eine Stelle entdeckt, die sich nach ihrer Meinung für die Verteidigung ihrer Preispolitik verwerten läßt. In dem Artikel heißt es nämlich: „Selbst die Preise für eine Reihe der notwendigsten Nahrungsmittel sind in England, obgleich es nicht vom Weltmarkt abgeschlossen ist, noch mehr gestiegen als in Deutschland.“ Für jeden, der zu lesen versteht, heißt das: es gibt verschiedene Nahrungsmittel, deren Preise in England noch mehr durch den Krieg hochgetrieben sind als in Deutschland; keineswegs ist aber damit gesagt, daß die Preise aller notwendigen Nahrungsmittel in England stärker angezogen haben als in Deutschland. Eine solche Behauptung wäre auch ein Unsinn; denn die Preise für die meisten Kolonialwaren, Hülsenfrüchte, Reis, für Schweinefleisch usw. sind z. B. in England weit weniger emporgeschwollen. Trotzdem läßt uns die „Deutsche Tageszeitung“ kurzweg sagen, daß „die Preise für die notwendigsten Nahrungsmittel in England noch mehr gestiegen sind als bei uns“, sie erweckt also fälschlich den Anschein, als hätten wir geschrieben, alle notwendigen Nahrungsmittel ständen jetzt in England höher im Preise. Und nachdem sie in dieser Weise unsere Darstellung für ihre Zwecke „korrigiert“ hat, fährt sie fort:

„Es ist uns wirklich sehr erfreulich gewesen, daß doch auch die „Vorwärts“-Genossen einmal in dieser Weise zurecht aufgeföhrt worden sind. Da werden sie sich hoffentlich jetzt nicht mehr so leicht über die auch bei uns unvermeidlich gewesene Preissteigerung der Nahrungsmittel aufregen lassen, nachdem sie in ihrem Zentralorgan gelesen haben, daß diese Preise in England noch mehr gestiegen seien.“

Ist schon die obige kleine „Korrektur“ eine recht niedliche journalistische Leistung der „Deutschen Tageszeitung“, so noch mehr diese Folgerung! Also weil in England die Preise verschiedener Nahrungsmittel noch mehr gestiegen sind als bei uns, darf sich in Deutschland das Volk nicht über die Teuerung aufregen und keine Abstellung verlangen. Was würden wohl die „Deutsche Tagesztg.“ und ihre Hintermänner sagen, wenn wir mit der gleichen Logik schloßen: „Da in England die Preise für manche Nahrungsmittel niedriger sind als bei uns, werden sich hoffentlich die Gewinnsgenossen des Wünderblattes nicht über eine staatliche Herabsetzung dieser Preise auf das englische Niveau aufregen!“ Die „Deutsche Tageszeitung“ würde sicherlich sofort erklären, englische Verhältnisse könnten doch für die deutsche Preisbildung nicht maßgebend sein, der Preis müsse sich nach den deutschen Wirtschaftsverhältnissen, d. h. nach den deutschen Produktionskosten, Zufuhren, Nachfragen, Transportkosten usw. richten.

Nun dieser selben Ansicht sind wir auch — und da wir finden, daß viele der heutigen Preise, hauptsächlich für landwirtschaftliche Produkte, wie z. B. für Getreide und Zucker, nicht den tatsächlichen Produktionskosten und Verhältnissen entsprechen, sondern durch verkehrte behördliche Maßnahmen und allerlei Machenschaften gewisser Interessentengruppen künstlich in die Höhe getrieben sind, so verlangen wir eben staatliche Festsetzungen bezw. Herabsetzungen der betreffenden Preise. Und der Bundesrat wie die Militärbehörden müssen wohl bisher in vielen Fällen gleicher Ansicht über die Unberechtigung mancher Preise und die Notwendigkeit ihrer behördlichen Festsetzung gewesen sein, denn sonst hätten viele ihrer Verordnungen gar keinen Zweck. Daß der „Deutschen Tageszeitung“ manche der heutigen Preise für landwirtschaftliche Produkte noch immer nicht hoch genug sind, glauben wir ihr ohne weiteres; aber ihre Anschauungen über die Berechtigung hoher Kriegspreise und hoher Kriegsgewinne haben für uns nun mal nicht den geringsten Wert!

Hansabund und Getreidehöchstpreise.

Der Hansabund hat an den Reichskanzler und das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet des Inhalts, daß er bei der heute schon durch die Preissteigerung aller wichtigsten Nahrungsmittel sehr erschwerten Lebenshaltung eine Erhöhung der jetzigen Getreidehöchstpreise, in welchen bereits die durch den Krieg erhöhten Produktionskosten reichlich zur Geltung kommen, für außerordentlich bedenklich halte und daher dringend bitte, unter allen Umständen davon absehen zu wollen.

Wo sitzen die Kriegshörer?

Ueber den Bund „Neues Vaterland“ und dessen Vorstehenden, v. Zepper-Laski, schreibt der Pazifist Dr. Alfred G. Fried in den „Blättern für zwischenstaatliche Organisation“ (früher „Friedens-Warte“):

„Interessant sind die Darlegungen des Freiherrn v. Zepper-Laski über die Aufgaben des Bundes in seinem im „Freien Wort“ veröffentlichten Interview. Auf die Frage, ob er für sich und seine Gefinnungsgenossen in Deutschland nicht eine Isolierung fürchte, gibt v. Zepper-Laski folgende mutige Antwort: „Wenn Sie jeden Menschen, der nicht Kriegsmaterial liefert oder in den Redaktionen „patriotischer“ Zeitungen sitzt oder diesen nicht intellektuell zum Opfer gefallen ist, unter vier Augen fragen, ob er den Weltkrieg rückgängig machen möchte, so können Sie die Verneiner wohl alle in einem Sanatorium unterbringen. Die größten Kriegsschreier sitzen nämlich zu Hause und besonders unter den für dauernd militärdienstuntauglich befundenen Redakteuren gewisser Zeitungen.“

Das ist mutig, denn solche Aeußerung macht einen für das schmühdende Beiwort „Deutschenfeind“ geeignet. Aber dieses von den Chauvinisten verschwendendich gegebene Wort wird bald zu einem Ehrentitel werden. Das deutsche Volk sieht immer deutlicher, wo seine Feinde sitzen, und wer jene sind, die seine wahren Freunde mit diesem Titel stigmatisieren wollen.

Die „Freisinnige Zeitung“, der wir diese Mitteilungen entnehmen, bemerkt dazu ärgerlich:

„Einer Randbemerkung zu diesen Auslassungen glauben wir überhoben zu sein.“

„Sozialdemokratische oder sonstige staatsfeindliche Bestrebungen.“

Die Erfurter „Tribüne“ berichtet:

„Obwohl in dieser schweren Zeit die organisierte Arbeiterschaft ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber nach jeder Richtung hin erfüllt hat und durch die sozialen Leistungen der Gewerkschaften mancher durch den Krieg verursachter Notstand gemildert worden ist, haben sich manche Behörden immer noch nicht dazu verstehen können, die volle Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem wichtigsten Gebiete des Arbeitsvertrages durchzuführen. So ist im Februar 1915 ein Neubruck der Arbeitsordnung für alle Arbeiter im Bereich der preussischen Feldzeugmeisterei angefertigt und jetzt an die Arbeiter ausgehändigt worden, die in ihrem ersten Teil folgendes bestimmt:

Von der Einstellung sind Personen ausgeschlossen, die sozialdemokratischen oder sonstigen staatsfeindlichen Bestrebungen Vorwand leisten oder von denen vorauszugehen ist, daß sie den Frieden zwischen Behörden und den Arbeitern oder der Arbeiter untereinander stören wollen.“

An einer anderen Stelle der Arbeitsordnung heißt es:

Während eines Zeitraumes von vier Wochen ist die Einstellung eine vorläufige. Dieser Zeitraum wird dazu benutzt, die persönlichen Verhältnisse des Arbeiters und seine Leistungsfähigkeit sorgfältig zu prüfen und festzustellen; während desselben kann der Arbeiter jederzeit ohne Kündigung und Angabe von Gründen entlassen werden oder seinerseits die Entlassung nehmen.“

Da jeder Arbeiter eine Erklärung unterschreiben muß, daß er von den Bestimmungen der Arbeitsordnung Kenntnis genommen habe und sich ihr unterwerfe, so bedeutet das nichts anderes, als eine Verzichtleistung auf die freie Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, der sich der Arbeiter unter dem Zwange der Verhältnisse nicht entziehen kann. Die Erfahrung hat noch immer gelehrt, daß, wenn in derartigen Arbeitsverträgen von „sozialdemokratischen Bestrebungen, die den Frieden stören“ die Rede ist, stets die gewerkschaftliche Betätigung gemeint ist, die auf eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzielt. Ein gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht existiert also in den staatlichen Betrieben im Bereich der preussischen Feldzeugmeisterei immer noch nicht — auch nicht in dieser ersten Zeit.“

Das Ergebnis der außerordentlichen Tagung des sächsischen Landtags.

In einem Rückblick auf die Verhandlungen schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Das positive Ergebnis der vierwöchigen Beratungen ist nicht viel wert. Die sozialdemokratischen Anträge zum Wahlrecht wie zur Steuerfrage wurden zwar beraten, aber glatt abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag auf Erweiterung und Sicherung der Kriegsfürsorge wurde zwar in allgemeine Vorberatung genommen, in der Deputation kam aber die wichtige Materie über die Anfangsberatung nicht hinaus. Die sozialdemokratische Interpellation wegen der Versammlungsverbote zu beantworten, hat die Regierung unter Berufung auf den Belagerungszustand abgelehnt. Einen darauf von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag, der die Regierung ersuchte, sich im Bundesrat für die Aufhebung des Kriegszustandes zu verwenden, damit der verfassungsmäßige Zustand wieder hergestellt werde, hat das Präsidium überhaupt nicht zur Verhandlung gestellt. Es ist nur erreicht worden, daß die Regierung in der ersten außerordentlichen Deputation, die über die Ernährungsfrage beriet, auf eine sozialdemokratische Anfrage nach den Gründen des Verbots von Versammlungen, die sich mit der Volksernährung und dergleichen befassen sollten, ihre alte Erklärung abgab, daß sie nach Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechts wie des Pressegesetzes in diesen Fragen nicht zuständig sei. Man sieht, die sozialdemokratische Fraktion und das arbeitende Volk haben keinen Grund, mit besonderer Befriedigung auf diese außerordentliche Tagung zurückzublicken.“

Die badischen Eisenbahner und die staatlichen Teuerungszulagen.

In der „Mannh. Volksstimme“ lesen wir:

Die Bezirksobermannschaft Mannheim des Bad. Eisenbahnerverbandes hatte auf den letzten Sonntag eine Versammlung einberufen, die sich mit der Frage der Teuerungszulage bezw. der zu Beginn dieses Monats dieserhalb durch die Tageszeitungen gegangenen halbamtlichen Mitteilungen befaßte. Nach ausführlichem Referat wurde eine Resolution gefaßt, deren Schluß wie folgt lautet:

„Die Versammlung richtet an Großh. Regierung das Ersuchen um eine alsbaldige Revision der Bestimmungen über die Kriegsteuerungszulage etwa in der Weise, daß nicht nur die Höchstgrenze des Einkommens bis zur Verfassung der Zulage derjenigen der größeren Städte gleichgestellt und somit bis zum Beginn des pflanzbaren Einkommens erhöht, sondern auch unter Berücksichtigung der Mannheimer Verhältnisse die Ortszulage für Mannheim außer Berechnung gelassen wird, da diese in normalen Zeiten eine notwendig erhöhte Vergütung ist über diejenige anderer Orte der gleichen Ortsklasse.“

Alle berufenen Stellen haben den Leistungen des Eisenbahnpersonals im Interesse der Landesverteidigung uneingeschränktes Lob gezollt. Stellt der Eisenbahnerstand im Verhältnis zu anderen Berufsständen zum aktiven Militärdienst auch einen verhältnismäßig geringeren Prozentsatz, so ist der Eisenbahndienst und pflichtbetontes zuverlässiges Eisenbahnpersonal für die Schlagfertigkeit des Heeres in gleichem Maße unentbehrlich wie ein guter Truppenteil.“

Keine Obstausfuhr?

Die „Kreuz-Zeitung“ glaubt auf Grund von Erkundigungen an zuständiger Stelle feststellen zu können, daß die Ausfuhr heimischen Obstes verboten ist und daß eine Ausfuhrerlaubnis für frisches Obst unter keinen Umständen erteilt wird. Vom 1. Juli ab ist auch die Ausfuhr von frischen Kirschen, die bis Ende Juni gestattet war, untersagt und gesperrt.

Wirtschaftliche und politische Angliederung.

Die Bedenken gegen große Wirtschaftsverbände werden in dem Leitartikel des Schweizer „Bund“ vom 15. Juli vorgebracht. Die ohne eigenen Willen erfolgte Hineinziehung der Schweiz in den wirtschaftlichen Krieg bringe ein begreifliches Interesse an den wirtschaftlichen Kriegsergebnissen und an den wirtschaftlichen Kriegsziele der Kriegführenden mit sich. Man müsse in der Schweiz versuchen, sich mit den Vorzeichen der kommenden Entwicklung vertraut zu machen. Der künftige Frieden könne auch seine Gefahren bringen und müsse die Schweiz wirtschaftspolitisch geschlossener finden, als es der Krieg tat. Da das Land ein Erzeugnis des politischen Gleichgewichts der Nachbarn sei, so könne jede ausgesprochene Vorherrschaft es gefährden. Ein Einblick in die wirtschaftspolitischen Verschiebungen Europas und ein Rückblick auf die Geschichte früherer Wirtschaftsverbände sei um so nötiger, als der Schweiz hin und wieder der Anschluß an einen solchen empfohlen worden sei.

Im Zusammenhang der geschichtlichen Erörterungen, besonders über den Zollverein, wird nun betont, wie eng der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Vereinigung sei. Ein kleiner Staat, der eine wirtschaftliche Vereinigung mit einem großen eingehen, werde politisch aufgelesen. Deshalb werde jetzt das Interesse dafür wach, was bei Vorkug des mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes aus den kleinen Nachbarstaaten werden würde. „Ansichten sind laut geworden; von Absichten zu reden, wäre noch verfrüht.“

Die Gemeindevahlen in Holland.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Die Gemeindevahlen sind nun zum Abschluß gebracht. Die Arbeiterpartei kann mit ihrem Ergebnis im großen und ganzen zufrieden sein, besonders in der Provinz, wo mancher Gewinn erzielt wurde. Dagegen brachten die zwei größten Städte — Amsterdam und Rotterdam — eine Enttäufung. In Amsterdam ging sogar im zweiten Wahlgang das Mandat des Parteisekretärs Genossen Kuitjoff im 9. Bezirk verloren — ein Verlust, der durch den mit Hilfe der freistimmigen Demokraten erlangten Gewinn des zweiten Mandats im 2. Bezirk nicht aufgehoben wird. Denn Amsterdam IX ist der am stärksten bevölkerte, vorwiegend vom Proletariat bewohnte Stadtbezirk. Die Ursachen dieser Schlappe sind in verschiedenen Umständen zu suchen. Sicher hat der Krieg mitgewirkt, besonders die Enttäufung der Massen über die Sozialdemokratie in den anderen Ländern. Die politische Mäßigkeit war in allen Volksschichten unerkennbar. Die Wahlbeteiligung war gering, und es ist noch ein gutes Zeichen, daß die bürgerlichen Parteien zumeist noch mehr Stimmen verloren haben als die Arbeiterpartei. Jedenfalls war die Stimmung nicht derart, daß der Entschluß der Arbeiterpartei, den Burgfrieden auf der ganzen Linie preiszugeben, frohen Widerhall in den Massen gefunden hätte. Für die engere Wahl hat dann die Arbeiterpartei Abkommen mit bürgerlichen Parteien getroffen, so in Amsterdam in drei Bezirken mit den freistimmigen Demokraten. — Die S. D. P. hat sich in den großen Städten gleichfalls an der Wahl beteiligt und stellenweise nicht unbeträchtliche Stimmenerfolge erreicht, namentlich in Amsterdam IX, wo die Syndikalisten für sie zur Urne gingen. Der Arbeiterpartei hat sie schwerlich eine Einbuße verursacht.

Der kommende Wirtschaftskrieg.

Die Tagung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes und die dort beschlossene Resolution haben als Alarmruf in England gewirkt. So schrieb die „Morning Post“:

„Das britische Reich sollte sich mit Frankreich, Italien und Rußland über wirtschaftliche Maßregeln zum Schutz gegen die Mittelmächte einigen. Italien und Rußland haben schon früher unter der wirtschaftlichen Invasions der Deutschen gelitten. Viele italienische Industrien befinden sich noch heute in den Klauen deutscher Kapitalisten. In Rußland haben sich die Deutschen insolent betragen, weil sie sich als Herren der Wirtschaft fühlten. Auch in England drohten die Dinge schlecht auszugehen, weil London, Manchester und die anderen wirtschaftlichen Zentren zum großen Teil in den Händen von Deutschen waren. Auch heute ist der Einfluß der Deutschen in England noch unheimlich groß und wirkt unterirdisch für unsere Vernichtung. Nach Frankreich haben die Deutschen ihre Vortrupps von Spionen entsendet, so daß die Champagne zum großen Teil germanisiert war, ehe die feindlichen Heere einrückten.“

Das sollte von unseren Staatsmännern begriffen werden. Es müssen die nötigen Schritte getan werden, um einen neuen wirtschaftlichen Einbruch der Zentralmächte zu verhüten.“

In dem Hohlspiegel des Londoner Blattes verzerrten sich die Tatsachen. Aber zurück bleibt der Wille zum handelspolitischen Widerstand. Und man denke ja nicht, Rußland oder England würden wirtschaftlich keinen Widerstand leisten können. Rußland kann in der Verfolgung der zu Wasser und zu Lande eingeführten Güter differenzieren und so zum Dank für die Anleihen in der Londoner City die Einfuhr aus England fördern. In Großbritannien selbst kann die Schutzollbewegung, die an sich aus fiskalischen Gründen neue Anhänger gewinnen wird, leicht übermächtig werden, weil sie die stärkste Art der Wieder Vergeltung ist und ausgezeichnete Kompensationsmöglichkeiten gibt. Der geltende deutsche Zolltarif sucht durch Spezialisierung der Warengruppen den deutschen Unterhändlern mehr Kompensationsobjekte zu geben und den Mitgenossen von Sonderprivilegien, die einem Staate mit Rücksicht auf besondere Erzeugnisse seiner Wirtschaft gewährt wurden, dritten nicht gerade genau dieselben Waren erzeugenden Staaten zu verweigern. Schon dieser Tarif hat die englische Schutzollbewegung mächtig gefördert. Soll mit Gewalt der freie englische Markt deutschen Produkten gesperrt, der deutsche Export nach Rußland gesperrt werden? Dabei immer zu bemerken ist, daß nach Rußland und England fast ein Viertel, nach Oesterreich-Ungarn aber nur ein Zehntel unserer Ausfuhr geht!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Hente Dienstag, den 20. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Vier Mitgliederversammlungen

in folgenden Lokalen: 226/12*

Mila-Säle, Schönhauser Allee 130. Pharus-Säle, Müllerstraße 142.
Fraukes Fest-Säle, Badstraße 19. Pakenhofer Brauerei, Turmstr. 25/26.

Tagesordnung:

1. Unsere Aufgaben und Forderungen. 2. Diskussion.

Referenten: Reichstagsabgeordneter Georg Ledebour, Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel, Dr. Joseph Herzfeld und Luise Bick.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstagswahlkr.

Hente Dienstag, den 20. Juli, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den „Unions-Sälen“, Greifswalder Str. 221/223.

Vortrag des Genossen

Dr. Rud. Breitscheid.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Kreis-Wahlverein Niederbarnim.

Bezirk Lichtenberg.

Mittwoch, den 21. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokale von G. Tempel (Café Bellevue), Hauptstr. 2:

Mitglieder-Versammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 22. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr pünktlich, im Gewerkschaftshaus (Saal 4), Engelufer 15:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Fritz Wäntner über:

25 Jahre Berl. Gewerkschaftsbewegung.

2. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal.

3. Verhandlungsangelegenheiten.

Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs.

Die Ortsverwaltung.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Wichtige Neuerscheinungen:

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg

Von Dr. Paul Lensch

Preis 1 Mk., ungefärbte Vereinsausg. 40 Pf.

Aus dem Inhalt: Imperialistische Politik der Großmächte in den letzten fünfzehn Jahren. Die englische Weltbeherrschung und ihre Erschütterung durch den Krieg. Der russische Jarentismus. Frankreich und der Krieg. Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft.

Die

Internationalität und der Krieg

Von Karl Kautsky

Sonderdruck aus der „Neuen Zeit“. Mit einem Vorwort Preis 50 Pf., Vereinsausgabe 20 Pf.

Aus dem Inhalt: Internationalität und Neutralität. Parteidifferenzen im Krieg; a) Von 1854-66, b) Das Jahr 1870, c) Nach 1870. Gegensätze des Friedens und Gegensätze des Krieges. Die Einigkeit der Internationale seit dem Vorentzug. Die Schwierigkeiten der jetzigen Situation. Der Schrecken der Invasion. Die Gefährdung der Internationale. Die Grenzen der Internationale.

Speck-Ausverkauf.

Von Dienstag, den 20., bis Sonnabend, den 24. Juli, sollen 300 Zentner prima Holsteiner magerer Landspeck im einzelnen von 5 Pfd. ab zum Preise von 1,50 Mk.,

feinste Qualität 1,65 Mk. per Pfund im Laden Kantstraße 32, Charlottenburg, zum Verkauf kommen.

A. K. Brecht, Fleischgroßhandlung.

Verantw. Redakt.: Alfred Dielepp, Reußhän. Inseratenteil verantw., Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Bornwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

„Freier Bund“

G. B. m. B. H.

Bilanz per 31. Dezember 1914.

Aktiva.

Kassenbestand 55,98

Baumguthaben 24,10

Brauereiguthaben 2699,20

Brauereiantell 300,00

Passiva.

Mitgliederentlohnung 1658,49

Referendariatskonto 1032,01

Genossenschaftskonto:

(Sinnengutstr.) 18,55

Reingewinn 350,23

Re. 3079,28

Gewinn- und Verlustkonto.

Debet.

Unkostenkonto 45,40

Reingewinn 350,23

Re. 395,63

Kredit.

Vortrag von 1914 215,28

Zinsenkonto 180,35

Re. 395,63

Die Mitgliederzahl betrug

am 1. Januar 1914 105

ausgeschieden sind 18

mithin Bestand am 31. Dezember 87

Die Mitgliederentlohnung betrug sich

um 125,00 vermindert. 104,5

Die Postsumme aller Mitglieder

beträgt am Jahresabschluss 1740,00.

Berlin, den 12. Januar 1915.

Der Vorstand.

H. Matthes. A. Greth.

Für Feldsoldaten!

Deutsch-Deutsches 15 Pf.

Deutsch-Französisch 15 Pf.

Dankhandlung Tantele.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16. Engel-Ufer 5.

Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.

Zigarren - Zigaretten - Rauchtabelle.

Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.

Alleinverkauf der Fabrikate der Firma

F. J. Burrus St. Kreuz

Größte deutsche Rauchtabellefabrikation.

Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle

Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Dienstmädchen, jugendliche, für kleinen Privatbureau, nachmittags 4-7 Uhr im Zentralarbeitsnachweis, Abteilung für Hauspersonal, Eichhornstraße 1 (Ecke Potsdamerstraße), Alt-Koabit 38, Gormannstraße 13, Belle-Allianceplatz 5, Köpenickerstraße 1 (am Stralauerplatz). 250/3

Zaubere, jüngere Frau sucht Aufwartung oder Bureaureinigung. Leuznauer, Reußhän, Bodestraße 23 b.

Stellenangebote.

Schloffer auf Müllarbeit stellt ein Ed. Puls, Berlin-Tempelhof.

Fräulein auf Schirmjäger verlangt Kraft, Mäckerstraße 22. 2031b

Steinmetz für Warmarbeiten verlangt Bienenbakerstraße 10. [2030b

Hausreiniger verlangt Vorwärtsstraße 36. 7112

Postkartin - Fußschneider gesucht. Bode, Große Frankfurterstraße 137.

Arbeitskutscher stellt ein Emil Herrmann, Lebensmittel -

Die Aufhebung des Zehnpfennig-Einheitstarifs.

Der von der Straßenbahn vorgeschlagene neue Staffeltarif kann in seinen Wirkungen erst dann beurteilt werden, wenn man genauer die Entfernungen kennt, die zukünftig für 10, 15 und 20 Pfennig befahren werden können. Wesentlich für diesen Tarif sind die sogenannten Teilstrecken, welche die Grenzen für die Höhe der Fahrpreise darstellen. Ein Groß-Berliner Kommunalbeamter verbreitet sich in einer Zuschrift an die „S. J. am Mittag“ über diese Seite der Sache, indem er schreibt:

„Wie alle finden es unnötig, daß man bisher von der Triestrasse in Ort 93 Minuten lang bis zum Nordbahnhof in Wittenau für 10 Pf. fahren kann, aber ob dieser äußerste Grenzfall des Linien so einfach und ausgezeichneten Einheitstarifs wohl schon bei einem der berechtigten Befahrer praktisch geworden ist?

Solche langen Strecken sind im Tarif wohl vorhanden, werden aber fast nie ausgenutzt. Wohl aber gibt es viele, die ihr Beruf und ihre Geschäfte nötigen, häufiger etwa vom Kolonnenmarkt bis an den Anfang von Bray zu fahren; diese werden künftig nicht nur 15, sondern 20 Pf. für jede dieser Fahrten zahlen müssen. Daß man vom Potsdamer Platz bis Friedenau für 10 Pf. auch nach dem neuen Tarif fahren kann, ist richtig. Wer aber vom Friedenauer Kaiserplatz zu einem Geschäft in der Berliner Königsstraße wird fahren wollen, hat künftig wiederum 20 Pf. zu entrichten. Dem seine Geschäfte von der Bismarckdorfer Straße nach der Leipziger Straße führen, wird gleichfalls in Zukunft 20 Pf. zu zahlen haben. Desgleichen kostet ferner beispielsweise schon 20 Pf. eine Fahrt: vom Scheibelliner Platz in Wilmersdorf (Reichsversicherungsanstalt für Angestellte) bis zum Dönhofsplatz, von Steglitz nach der Friedrichstraße (Linie 59), von der Rubensstraße in Schöneberg bis zur Leipziger Straße (Linie 60), vom Kaiserlichen Platz bis zur Kottbuscher Straße (Linie 52), oder von der Kaiser-Allee in Wilmersdorf bis zum Seltener Bahnhof (Linie 51), von Mariendorf-Tempelhof Grenze bis zum Werderischen Markt (Linie 73), von Tempelhofer Damm-Edel-Wilmerstraße bis Kottbuscher Straße (Linie 55), vom Richardplatz in Neukölln bis zum Alexanderplatz (Linie 22, 24), vom Treptower Ringbahnhof bis zur Potsdamer Brücke (Linie 57), vom Viktoria-Platz in Lichtenberg bis zum Leipziger Platz (Linie 76), vom Ringbahnhof Frankfurter Allee bis Jannowitzbrücke (Linie 77). Diese Beispiele lassen sich nach allen Richtungen des Groß-Berliner Straßenbahnnetzes leicht vervielfältigen, und auch für die Zehnpfennigstrecken ergibt sich durch die wieder sehr gewidmeten finanziellen Interessen der Straßenbahn gewählte Lage der Teilstreckenzentren eine dem Bedürfnis in einer Anzahl von Fällen nicht entsprechende Kürze. So liegt z. B. in der Leipziger Straße nur ein Teilstreckenzentrum, die Edel- oder Charlottenstraße. Der nächste nach Westen hin ist erst an der Linienstraße. Wer zwischen beiden Punkten aufsteigt, verliert bei Berechnung der 5-Kilometer-Strecke ein erhebliches Stück.

Die Hausfrauen, die mit Paketen stark beladen zwischen Leipziger Platz und Friedrichstraße ihre Einkäufe besorgen haben, werden in Zukunft für ihre Heimfahrt 20 Pf. anwenden müssen, wenn sie von der Leipziger Straße über die Kaiser-Eiche in Friedenau oder Schloß Weisenhof hinaus (Linie 60, 61) fahren wollen, oder über den Zentralbahnhof nach Lichtenberg hinaus müssen (Linie 66); ferner wenn ihr Heimfahrtsziel jenseits vom Ringbahnhof Frankfurter Allee liegt (Linie 69, 71) oder hinaus über die Prenzlauer Promenade (Linie 72), hinter dem Charlottenburger Amtsgewicht (Linie 33, 30), jenseits der Umlandstraße Charlottenburg oder des Bismarckplatzes Lichtenberg (Linie 76); wenn sie über die Bismarck-Edel-Wilmerdorfer Straße nach Westen hinausfahren müssen (Linie 54) oder mit der Linie 8 über die Müllerstraße nach Norden, oder über die Umland-Edel-Berliner Straße nach Westen hinausfahren müssen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich mit der Ueberschrift: „Der erste Schritt“ in folgenden Darlegungen gegen die beabsichtigte Verteuerung der Fahrpreise:

„Die Große Berliner hat in der Begründung ihrer geplanten Tarifserhöhung u. a. auf die bevorstehende Konkurrenz der neuen Schnellbahnen hingewiesen. Sie spricht von mindestens acht Millionen Mark, die (bei einem Anlagekapital von 200 Millionen) diese Bahnen jährlich bringen müssen, die also von Geldern geerntet werden sollen, die die Große Berliner lieber für sich selber abzurufen möchte, aber — nicht kann. Denn man darf nicht vergessen, daß diese Schnellbahnen zum größten Teile demjenigen Verkehr dienen sollen, den die Große Berliner zu bewältigen schlechterdings nicht in der Lage ist.

Die Berliner Bevölkerung empfindet diese neuen Schnellbahnen als Diener des öffentlichen Interesses, die Große Berliner begreiflicherweise als Wettbewerber in ihrer Privatwirtschaft. Dieser Widerstreit bestände natürlich nicht, wenn das Berliner Verkehrsweisen von einheitlichen, rein gemeinnützigen Gesichtspunkten einer Groß-Berliner Verkehrsbehörde geleitet wäre, statt widerstreitenden privatwirtschaftlichen Interessen ausgeliefert zu sein. Jetzt ergibt sich das sonderbare Bild: Die Große Berliner kann den Verkehr nicht mehr bewältigen. Man schafft Hilfe. Diese Hilfe wird dadurch befristet, daß die Fahrgäste bei der Großen Berliner höhere Preise zahlen müssen. Mit andern Worten: Die Berliner Bevölkerung muß der Großen Berliner für die unerwünschte Konkurrenz — d. h. Verkehrsverbesserung! — geldlich aufkommen. Man kann die Frage aufwerfen: wo sich ein Betrieb sonstwo die „Konkurrenz“ durch höhere Preise ausgleichen läßt. Sonst pflegt bekanntlich im Gegenteil die Konkurrenz die Preise herabzurücken! Diese Umkehrung aller Erfahrungen ist so auffallend, daß man wohl berechtigt ist, dahinter etwas zu suchen und — zu finden.

Es braucht ja gar keiner Prophezeie, sondern einfach offener Augen. Die Große Berliner könnte und dürfte nach allen Regeln volkswirtschaftlicher Erfahrung niemals wagen, in dem Augenblicke ihre Konkurrenzfähigkeit durch eine Preiserhöhung zu schwächen, wo sie sich von neuer schwerer Konkurrenz aus dem empfindlichsten bedroht fühlt, wie sie angibt. Das wäre ein Widerspruch, der nicht zu lösen wäre, wenn man nicht eine Annahme voraussetzen würde: daß die Große Berliner Straßenbahn es mit voller Sicherheit wagen kann, der neuen Konkurrenz mit — höheren Preisen die Stirn zu bieten. Das ist aber nur möglich, wenn im Hintergrunde die Zuversicht besteht, daß auch die Konkurrenzunternehmungen allgemein ihre Preise erhöhen werden. Und man wird gewiß richtig raten, wenn man nach dieser Richtung hin vermutet. Wie man dazu steht, ist gleichgültig; bei der wachsenden Ausdehnung des Berliner Verkehrsnetzes mag man sie unter gewissen Bedingungen für berechtigt halten. Täuscht nicht alles, so scheint die jetzige Fahrpreiserhöhung der Großen Berliner der Vorläufer einer allgemeinen Verteuerung im Berliner Verkehrsleben zu sein.“

Die Begründung der Großen Berliner fordert auch nach anderen Richtungen zum Widerspruch heraus. Wir behalten uns vor, auf die Sache noch weiter zurückzukommen.

Aus Groß-Berlin. Auf der Wurmssuche.

Ueber die Partweise huschen im Dunkel des späten Abends gespenstische Lichter. Glühwürmer? Nein, dazu ist das Licht zu groß, zu hell und beweglich. An jedem der wie tastend sich fortbewegenden Blinkfeuer muß ein Mensch kleben. Hart am Boden kraucht das Licht. Für Augenblicke verschwindet der Lichtfarn, wirft nur einen schmalen Regal nach vorn. Also eine Biendlaterne, die uns den Rücken zudehrt. Aha, vielleicht eine nächtliche Razzia. Deshalb sind es ja auch mehrere Lichter. Im Vertrauen auf unsere „Meibe“ pürschen wir uns schnell näher heran, um etwas mehr von dem stets interessanten, wenn auch für die gesuchten Heimlosen hochnotpeinlichen Schauspiel zu erhalten. Alles bleibt ruhig. Kein Hundebeläut, kein leises Kommando, keine Polizistenuniform. „Aufstehen . . . mitkommen . . . Sie sind verhaftet!“ Nein, nichts davon ist zu hören. In der Stille der Nacht tanzen die geheimnisvollen Lichter wie ein Spuk weiter dahin dicht über dem Rasen und den Biesenblumen. Zum Ausdruck, irgend etwas Lebendiges muß es doch sein. Etwa Diebe, die hier gestohlenen Gut vergraben? Wir sind unferer vier. Da kann man schon wagen, den erleuchteten Nachtschwärmern ins Gesicht zu sehen. Also vorwärts, im Gänsemarsch auf das Licht los.

„De . . . holla . . . gut Freund!“ Das Licht rückt nicht aus, bleibt nicht stehen, kommt jetzt langsam auf uns zu. Sollte doch eine Razzia im Gange sein? Na das wäre eine nette Versicherung, wenn man uns einlocht. Ein breiter Schatten taucht auf, ein Mann in gebückter Haltung, mit der elektrischen Taschenlampe emsig den Boden absuchend. Nun kommt uns der für einen Moment in die Hosentaschen gefallene Nut wieder . . . und der Humor.

„Aber Männchen, was suchen Sie denn hier? Zwanzigmarschschnecke mit 'n Scheinwerfer?“ Er war gemütlich, verstand Spaß.

„Eigentlich geht es Sie ja wohl nicht an, wenn ich für die Wiese hier 'n Erlaubnischein habe. Aber weil Sie um Mitternacht noch so neugierig sind, sollen Sie et jerné wissen . . . ich angele mit meine Latichte Regenwürmer.“

Schallendes Gelächter. Regenwürmer . . . und wir Angsthasen hatten schon eine Razzia, Schupfleute, Diebe gesehen. „Was ist damit mache?“ Rastlosen natürlich. Oder flooben Sie etwa, det ist bei die deiren Zeiten zu Hause een Chinesenfrühstück davon koché? Hier, passen Sie mal Achtung, det sind in den Beutel mindestens 500 Stück in Piefter darunter, sage ich Ihnen, beinahe wie'n halba Arm lang. In eene Stunde jesammelt. Wenn't Nid jut geht un de Witterung danach is, wer'n et ooch dausend Stück un noch mehr. Freilich, man muß jut kneiten können. For Kurzsichtige is det nicht. Aha man jehöhnt sich an det Jeshäft, wie de Kage in de Nacht ans Raufen. Der uns die Beute abtooft? Die Vogelhändler, die Angler un ooch der Zoo for seine Vogelhäuser un det Aquarium. Wille jibt's ja nich vor, aber in solche schlimme Zeiten wird der kleinste Verdienst mitgenommen. Bei Dage sangen wa natürlich andre Dinger . . . Frösche, Salamander, Bluteigel, Schlangen un überhaupt allens, wat jagdfrei is und 'n paar Froschen Feld bringt.“

Wir drücken dem Manne für seine freundliche Auskunft ein blankes Fünzigpfennigstück in die Hand und staunten von neuem, was doch für seltsame Gewerbe die Großstadt und die Rot züchtet.

Reklamationen gegen unberechtigte Veranlagung zur Kirchensteuer.

Uns gehen wieder Mitteilungen zu, nach denen Personen zur Zahlung von Kirchensteuern veranlagt worden sind, die seit Jahren aus der Landeskirche ausgeschieden sind. Ein Fall liegt uns vor, nach dem ein Eigentümer für das Jahr 1914 für seine Ehefrau Kirchensteuern zahlen soll, obwohl der Mann eine Frau nicht hat. Wir machen darauf aufmerksam, daß in allen Fällen gegen die unberechtigte Veranlagung zur Kirchensteuer Einspruch eingelegt werden muß, da im anderen Falle die Steuer erhoben und im Weigerungsfalle zu Zwangsmitteln gegriffen wird.

Militärtransporte in Vorortzügen.

Zu erregten Austritten kam es Montag vormittag auf dem Bahnhof Baumshulenberg. Der um 9 Uhr 14 Minuten nach Charlottenburg abgehende Vorortzug läuft in der Regel bereits so überfüllt ein, daß die in Baumshulenberg einsteigenden Fahrgäste nur noch Stehplätze erlangen können. Am Montag vormittag waren nun zwei Wagen des Zuges mit Soldaten besetzt. Die Folge war, daß bei der Einfahrt des Zuges in Baumshulenberg jeder freie Raum in den Wagenabteilen der dritten Klasse mit stehenden Fahrgästen gefüllt, die Abteile förmlich gerammelt voll waren. Genau vorkrisismäßig, ohne jede Uebersättigung, waren lediglich die Wagen mit den Soldaten besetzt, die sämtlich saßen. Die auf dem Bahnhofe harrenden Fahrgäste waren nun herzlich froh gewesen, wenn sie die Stehplätze in den mit Soldaten besetzten Wagen hätten einnehmen können. Doch die Vaterlandsverteidiger vertehrten den Zivilpersonen den Eintritt in ihre Wagen, sie wollten offenbar durch Stehplätze nicht gefürt sein. Mit den Soldaten zu reichten ist nicht möglich, aber der Bahnverwaltung muß denn doch sehr energisch gesagt werden, daß, wenn mehrere Wagen eines Zuges ausschließlich von Militär in Anspruch genommen werden, sie dann gefälligst den Zug um eben so viel andere Wagen verlängern muß. Denn schließlich kann auch das Publikum beanspruchen, für sein gutes Geld in einer Weise befördert zu werden, die noch entfernt die Bezeichnung menschenwürdig verdient. Würde Vieh auf einem Transport so zusammengedrückt befördert, wie es in dem betreffenden Zuge mit Menschen geschah, würde jeder Tierkörperverein unweigerlich zugunsten der Tiere einschreiten. Und was schon dem lieben Vieh recht ist, sollte wirklich auch Menschen billig sein.

Eine gefährliche Passage. Sonntagnachmittag brach von dem Dache des Geschäftshauses Leipziger Straße 64 ein etwa 50 Kilogramm schweres Stück der Sandsteinverkleidung ab und stürzte auf den Bürgersteig hinab, nachdem es einen Verbindungsdraht der Straßenbahn gerissen hatte. Personen sind zum Glück nicht zu Schaden gekommen. Die Feuerwehr entfernte die noch am Dache befindlichen, losen Teile und beseitigte damit jede weitere Gefahr.

Bewunderung erregte vorige Woche ein Vorkommnis in einem Pferde-Omnibuswagen der Linie 29. Auf der Strecke vom Rosen-

thaler Tor nach der Frankfurter Allee stieg ein Soldat ein, der im Krieg seinen rechten Arm eingebüßt und am rechten Fuß eine Verletzung erlitten hatte. Weil dem Verwundeten das Bein schmerzte und der Wagen nur schwach bewegt war, legte er den Fuß auf den gegenüberliegenden Sitz. Bald darauf erschien jedoch der Schaffner, der ihm bedeutete, daß er das Bein nicht auf den Sitz legen dürfe. Eine daneben sitzende Frau gab ihrer Verwunderung auf diesen Einspruch Ausdruck und meinte, daß man in einem solchen Falle den Mann doch gewähren lassen sollte, noch dazu, wenn genügend Platz im Wagen vorhanden sei. Der Schaffner verbarnte jedoch auf seinem Einspruch. Jetzt eruchte die Frau den Soldaten, das Bein auf ihren Schoß zu legen; diesem Ersuchen kam der Verwundete nach einiger Zeit auch nach, nachdem sich erneut Schmerzen eingestellt. Daß es allgemein ungebührlich ist, wenn Fahrgäste, wer immer es auch sei, ihre Füße auf freie Sitze legen, brauchte nicht besonders betont zu werden. In einem Fall wie dem vorliegenden, kann wohl aber eine Ausnahme gemacht werden, selbst wenn der Schaffner strenge Anweisung hat, nach den ihm gegebenen Vorschriften zu handeln. Diese Auffassung wurde auch in dem Omnibuswagen deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ein Schwindler in feldgrauer Uniform sucht anscheinend Laubenkolonisten heim. Bei einem Laubeninhaber in der Nießholzstraße zu Treptow erschien nachts 11 Uhr ein Soldat, der um ein Nachtlager bat. Nach langem Zögern nahm ihn der Kolonist auf. Dem Fremden schien es wohl gefallen zu haben, denn er wußte den Gastgeber zu überreden, ihn noch einige Nächte bei sich zu behalten. Er habe Urlaub bekommen und stamme aus Fürstentum, wo seine Mutter wohne. Der Laubenkolonist befiel den Fremden auch noch einige Nächte da. Als er jedoch eines Morgens Besorgungen zu machen hatte und heimkehrte, gewahrte er, daß der Soldat unter Mitnahme von sieben Kaninchen, einem Revolver und anderen Kleinigkeiten verschwunden war. Auf einem Zettel hatte er hinterlassen, daß er das Vieh gefüttert habe und abends gegen 10 Uhr wieder zurückkomme. Der Schwindler, der sich „Paul“ nannte, ließ sich jedoch nicht mehr sehen. Anscheinend wird derselbe auch wo anders seine betrügerischen Manipulationen betreiben.

Gefangenzug bei Verwundeten. Der Krieg hat durch zahlreiche Einberufungen der Mitglieder auch in unsere Arbeiterjüngerköre erhebliche Lücken gerissen. Es kann daher nur begrüßt werden, daß in dieser Zeit die noch leistungsfähigen Chöre bei Gefangenzugveranstaltungen sich zu gemeinsamen Wirtzen zusammenfinden.

Am Freitag, den 30. Juli, abends 8 Uhr, gibt der „Frauen- und Männerchor Norden“ unter Mitwirkung des „Männerchor Ost“ und „Sängerchor Bedding“ den in der Brauerei Friedrichshain verpflegten Verwundeten ein Gefangenzugkonzert.

Ein gefährlicher Kinderfreund wurde vorgestern abend in der Voedstraße beobachtet, als er sich verdächtig an kleine Kinder herannahm. Es gelang ihm, ein vier Jahre altes Mädchen durch Versprechungen an sich zu locken, so daß es ihm in ein Haus hinein folgte. Als er sich dort auf der Treppe an dem Kinde vergehen wollte, wurde er überrascht. Er ergriff die Flucht und wurde erst nach einer wilden Jagd in der Büchsenstraße zu Neukölln ergriffen. Die Kriminalpolizei ermittelte in dem Ertrappten, den sie gestern dem Untersuchungsrichter vorführte, einen 31 Jahre alten Hermann Eichert, der einen großen Teil seines Lebens in Gefängnissen und Zuchthäusern zugebracht hat. Eichert brach an mehreren Stellen aus dem Gefängnis aus, einmal auch in Neukölln, wo er entkam, indem er durch den Schiffahrtskanal schwamm.

Verloren wurde vom Sonnabend zu Sonntag am Krossin-See eine Brieftasche mit 37 M., Militärpapieren und Zeugnissen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselben an Walter Garbow, Schulstr. 58, abzugeben.

Berichtszeitung.

Schiebungen.

Umfangreiche Hypothekenschwindeleien wurden dem Direktor Franz Bromm zum Vorwurf gemacht, der sich wegen Betruges vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten hatte.

Er hatte die Märkische Motorflugfabrik zu Berlin mit einem Kapital von etwa 150 000 M. gegründet; er brauchte für dieses Unternehmen weiteres Geld und wollte sich dies auf seine Grundstücke verschaffen. Er legte den Respektanten Mietaufstellungen vor, die nicht ganz den Tatsachen entsprechen haben sollen, insbesondere gab er den Mietsvertrag eines Ladens auf 5000 M. an, während die Miete nur 2000 M. betrug. Er versuchte auch, einen anderen Mieter zu bewegen, eine höhere Vertragssumme als vereinbart in den Mietsvertrag hineinzuschreiben; der Mieter ließ sich auch dazu verleiten, verlangte aber noch an demselben Abend den Scheinvertrag zurück. Es handelte sich um drei Vertragsfälle, bei denen Hypotheken im Betrage von 28 000 M. in Frage standen. Die vernommenen Geldgeber bekundeten, daß sie das Kapital im Vertrauen auf die Richtigkeit der Mietaufstellungen, die der Angeklagte vorlegte, gegeben hätten. Da das Haus, welches sie beliehen hatten, zu einem sehr geringen Preise versteigert wurde, fielen die drei Hypotheken aus. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Verteidiger behauptete, daß das von den Geldgebern beanpruchte Dammo — in einem Falle auf 10 000 M. und 6 Monate — 2000 M. — so hoch gewesen wäre, daß überhaupt der Begriff des Realredits nicht mehr vorliege; er beantragte auch, den gerichtlichen Sachverständigen über den wirklichen Wert des Grundstücks zu vernehmen. Diefem Antrage gab das Gericht nach und vertagte die Sache nach mehrstündiger Verhandlung.

Der fliegende Koulletteklub.

Ein Spielerprozeß, in welchem es sich um die von feinerzeit von der Berliner Kriminalpolizei aufgehobenen „fliegenden Koulletteklubs“ handelte, sollte gestern vor der dritten Ferienstrafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Röckling zur Verhandlung kommen.

Unter der Auflage des gewerbmäßigen Glücksspiels begn. der Weichse hatten sich 18 Personen zu beantworten, von denen aber, da die übrigen teils im Felde, teils krank waren, nur die folgenden neun erschienen waren: der Waler Ernst Jacobs, der Kellner Köpfe, der Kaufmann Wolf, der Uhrmacher Nickel, der Kaufmann Schmidt, der Arbeiter Rau, Dr. Loewen, der Privatier Malik und der Hausbesitzer Hesse. Ebenso fehlten von den geladenen 60 Zeugen 24, die sich teils durch Atteste entschuldigt hatten, teils ohne jede Entschuldigung der Verhandlung ferngeblieben waren und deshalb in Ordnungstrafen bis zu 50 M. genommen wurden.

Der Verhandlung, die schon mehrfach der Vertagung anheimgefallen war, liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Vor etwa 2 1/2 Jahren tauchten in Berlin drei der Polizeibehörde als gewerbmäßige Spieler bekannte Dolländer, Salomon Rudeisheim, Benjamin Stodel und Markus Witz, auf. Rudeisheim war einige Zeit Besitzer einer berühmten Spielhölle in s' Grabenhage. In ihrer Begleitung erschienen bald die jetzigen Angeklagten Jacobs und Köpfe, die schon in Köln einen Spielklub gegründet hatten und in diesem als „Croupiers“ tätig gewesen waren. Die fünf gründeten einen Koulletteklub, der in den verschiedensten

